Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 259 Sonnabend den 4. November 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 28—30. (568—570.) Bogen des 19. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 257. 258. Frankf. Bg. 312. Mit der heutigen Lieferung ist das 19. Abonnement beendet. Auf das 20. Abonnement (Bogen 571 bis 600) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung am 2. November.)

Vorsitzender: v. Unruh. — Es ist ein Schreiben des Minister-Präsidenten v. Pfuel eingetroffen, in welchem derselbe anzeigt, daß er Gesundheitsrücksichten halber seine Demission genommen habe. Ein zweites Schreiben vom General-Lieutenant Grafen von Brandenburg zeigt an, daß er von Sr. Majestät mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei; er bittet, die Sitzungen einige Tage auszusetzen.

Phillips besteigt die Tribüne: Die Lage des Landes und der Hauptstadt, die Ernennung des Herrn v. Brandenburg, die Proklamation der Minister Eichmann wegen Requirirung von Militär (s. unten.) können es nicht zulassen, daß wir uns vertagen. In diesem bedenklichen Argenblicke ist hier unser Platz. (Stürmischer Beifall.) Graf Reichenbach fragt, ob das Schreiben gegengezeichnet, oder ob es ein bloß privates sei. Der Präsident entgegnet: das Schreiben sei zwar nicht gegengezeichnet, aber er könne es auch nicht als ein bloß privates ansehen. Phillips stellt den Antrag: „die Versammlung wolle beschließen: In Betreff der Ernennung des Grafen Brandenburg zum Minister-Präsidenten und der Bekanntmachung des Minister Eichmann wegen Requisition des Militärs auf heute Nachmittag 1 Uhr eine Sitzung anzusetzen, um über die Lage des Landes zu berathen und zu beschließen." — Jung: Während des Bestehens des Ministeriums Pfuel sei er und seine Freunde aus guten Gründen oft gegen dasselbe aufgetreten: er fühle sich aber veranlaßt, hier zu erklären, daß er den Mann hochschätze, der, schon in Jahren, die seiner Ansicht nach unmögliche Vermittlung zwischen Volk und Reaktion versucht habe. (Rauschender Beifall.) — Reichensperger verlangt, daß man sich von Tag zu Tag vertage, eine parlamentarische Versammlung könne nicht ohne Ministerium berathen. Der Minister Eichmann habe in dem Plakate nur seine Pflicht erfüllt, man möge doch nur die Scenen von vorgestern bedenken. — Präsident v. Unruh bemerkt, daß in dem Geschäfts-Reglement nirgend gesagt sei, daß man nicht ohne Ministerium berathen könne, es sei darin der Versammlung frei gestellt, die Anwesenheit des Ministeriums zu fordern. v. Berg: das Schreiben des Grafen von Brandenburg gehöre in die Petitions-Kommission. [Heiterkeit, Zischen und Beifall.] Er erklärt sich für den Phillips'schen Antrag. — Waldeck: Die Frage tauche zum drittenmal auf, ob man sich unmündig erklären wolle; es lasse sich nicht sagen, man müsse das fühlen, daß man sich Angesichts solcher Zustände nicht vertagen könne. Es sei weit mehr daran zu denken, daß man sich in Permanenz erkläre. (Stürmischer Beifall.) — Dielitz beantragt Vertagung bis morgen. Parrisius spricht sich für Phillips aus; die Aufregung im Lande sei groß, alle Blicke richteten sich auf die Versammlung. Man möchte im Angesichte so wichtiger Dinge nicht an die vorgestrigen unangenehmen Vorfälle erinnern. (Lebhafter Beifall.) Uhlich spricht sehr versöhnlich über die gedachten Ereignisse. Parrisius stellt den Antrag: **die Versammlung wolle den Vorsitzenden ermächtigen, durch Requisition des Kommandos der Bürgerwehr für die Sicherheit der Versammlung zu sorgen.** — Rehfeld protestirt gegen jeden Beschluß, da, wie man vorgestern gesehen, man unfrei berathe. — Pieper erzählt, wie er vorgestern geflohen sei — es wird ihm aber das Wort entzogen. — **Von dem Kommando der Bürgerwehr ist ein Schreiben eingegangen, in welchem um die Ehre gebeten wird, zu gestatten, daß man die Versammlung durch eine Ehrenwache schütze.** — Duncker beantragt: dem Antrage des Bürgerwehr-Kommando's statt zu geben. — Von der Rechten wird eingewandt, daß der Parrisiussche Antrag eine Exekutivmaßregel sei. Parrisius giebt dies nicht zu. — Man kommt zur Abstimmung. Der Antrag von Parrisius wird mit großer Majorität angenommen. — Reichensperger zieht seinen Antrag (Vertagung von Tag zu Tag zur Bildung eines Kabinets) zurück und vereinigt sich mit Dielitz auf Vertagung bis morgen. Dielitz Antrag wird mit 203 gegen 147 Stimmen verworfen. Phillips Antrag, so wie das Amendement von v. Berg-Elsner **(„die Gegenwart der Minister für die heutige Nachmittagsitzung zu verlangen") werden mit großer Majorität zu Beschlüssen erhoben.** — (Schluß dieser Verhandlungen 11½ Uhr.)

Wiederbeginn der Sitzung 2 Uhr. v. Unruh Vorsitzender. Es werden Urlaubsgesuche mitgetheilt; u. A. hat der Abgeordnete v. Pfuel auf 4 Wochen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Urlaub erbeten. Hierauf wird ein ferneres Schreiben des Herrn Grafen Brandenburg nebst der denselben zur Bildung des Kabinets berufenden Kabinetsordre verlesen. — Präsident theilt mit, daß das Ministerium von den heut Vormittag gefaßten Beschlüssen in Kenntniß gesetzt sei. Die Minister Eichmann, v. Bonin, Gr. Dönhoff und Kisker sitzen am Ministertisch. Zwei Anträge kommen hierauf zur Verlesung: I. von Jakoby, Temme und Waldeck: **„die hohe Versammlung wolle beschließen: 1) sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern in der für die Wahl der Vicepräsidenten vorgeschriebenen Art zu ernennen und derselben den Auftrag zu ertheilen, der Versammlung die für die bedrohliche Lage des Staats geeigneten Mittel vorzuschlagen; 2) die Sitzung nicht eher aufzuheben, bevor die ernannte Kommission ihren Bericht erstattet hat und darüber Beschluß gefaßt worden ist.** — II. von Arntz, Phillips, v. Berg und Wachsmuth: **Es soll eine aus 25 durch den Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern der National-Versammlung und der Präsidien zusammenzusetzenden Kommission sofort den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den König vorzulegen und nach Annahme derselben unter Vortritt des Präsidii Sr. Majestät zu überbringen beauftragt werden.** — Minister Eichmann: Aus der an das Staatsministerium gerichteten Mittheilung haben wir ersehen, daß die Auskunft, die der hohen Versammlung ertheilt worden ist, nicht so vollständig war, als wir vorausgesetzt hatten. Zum Theil ist das Fehlende ergänzt durch die Kabinetsordre, die Ihnen so eben vorgelesen ist. Nachdem der General v. Pfuel aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung wiederholt nachgesucht hatte und diese von Sr. Majestät ertheilt war, haben die übrigen Minister dafür erachtet, daß das Ministerium als aufgelöst zu betrachten sei. Darauf hat Se. Majestät eine Ordre an den Grafen Brandenburg erlassen, um ein neues Kabinet zu bilden. Wir haben uns deshalb nicht mehr im vollen Besitz der Befugniß erachten können, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wir haben erwartet, daß die hohe Versammlung sich bewogen finden werde, auf einige Tage die Sitzungen auszusetzen. Dies ist der Grund, warum wir heut früh in Ihrer Mitte nicht erschienen sind. — Jakoby: Die ernste und bedrohliche Lage, in welcher sich nach unser Aller Meinung das Land gegenwärtig befindet, ist das traurige Erbtheil dreier Ministerien, die entweder nicht die Fähigkeit hatten, oder denen es an dem Muthe fehlte, um den Bestrebungen der Camarilla, die den vernichtet geglaubten Absolutismus wieder ins Leben zu rufen bezwecken, entgegenzuwirken. Die Krone hat jetzt durch die Ernennung des Herrn Brandenburg, eines Mannes, von dem das Land weiß, daß er ein eifriger Anhänger des Absolutismus ist, (Einige Stimmen rechts: das weiß man nicht!) dem Lande den Fehdehandschuh hingeworfen. Es handelt sich jetzt einfach um die Frage: **ob wir durch einen entschiedenen Schritt die Krone von einem Wege abbringen wolle, der sie selbst und das Land ins Verderben zu stürzen geeignet ist, der den Bürger auffordern kann, sich selbst zu helfen durch eine zweite Revolution.** Es ist eine Adresse vorgeschlagen worden. Meine Herren, lassen Sie sich Wien eine Warnung sein. Wien würde jetzt nicht bombardirt werden, wenn es nicht so viele Adressen an den Kaiser geschickt hätte. Das Vaterland ist in Gefahr. Es handelt sich nicht darum, schöne Reden zu halten, es handelt sich um schnelle und entscheidende Schritte. (Beifall links.) Arntz: Viele Worte sind nicht nöthig. **Noch ist die Bewegung, welche die Mittheilung hervorgerufen hat, daß Graf Brandenburg zur Bildung des Kabinets beauftragt ist, in Aller Herzen.** Wir müssen einschreiten. Es ist nicht möglich, daß der Krone eine wahrhafte und treue Schilderung von der Lage des Landes und dieser Versammlung gemacht ist. Dieses müssen wir durch eine Adresse thun. Wir betrachten diesen Schritt als den entschiedensten und kürzesten. — v. Berg: Die Verschiedenheit der beiden Ihnen vorliegenden Anträge beruht auf einer Verschiedenheit über die Ansicht von den Verhältnissen. Wir betrachten uns der Krone gegenüber nicht als zwei feindlich gegenüberstehende Mächte, sondern als eine zusammengehörige Macht. Aber wir haben den Eindruck, daß eine dritte feindliche Macht zwischen uns getreten ist. Es kann dieser Eindruck nicht dadurch verwischt werden, daß man uns sagt, der Graf Brandenburg besitze das Mißtrauen des Landes nicht. Wir bedürfen eines Mannes, der von dem Vertrauen des ganzen Landes getragen wird. Die Designirung des Grafen Brandenburg ist ein durchaus gesetzlicher Schritt. Die Entsendung einer Deputation ist gleichfalls ein solcher. Wir hoffen, der Krone immer nur auf gesetzlichen Wegen zu begegnen, und hegen die Ueberzeugung, daß wir so wenig das Volk verlassen, als wir unprovozirt die Krone verlassen wollen. — Grün: Man bedürfe in einem so wichtigen Augenblick Besonnenheit, aber vor Allem Energie. Der Name Brandenburg ist vor dieser Tribüne schon charakteristisch. Erinnern Sie sich an jene Debatte und fragen Sie sich selbst, was das Land sagen wird zu einem solchen Ministerpräsidenten. Fassen Sie diesmal nicht parteiische, sondern patriotische Beschlüsse. — Waldeck hat den Schluß beantragt, die Antragsteller verzichten sämmtlich auf das Wort. Man kommt zur Abstimmung. Für den Waldeckschen Antrag erhebt sich nur die eigentliche Linke. Für den zweiten Antrag erheben sich fast die ganze Linke, die Centren und der größte Theil der Rechten (mit Aus-

nahme der Abgeordneten v. Auerswald [Frankf.], Kühlwetter und des Hrn. Harkort mit seinem Anhange). Der letzte Antrag ist somit angenommen. — Präs. v. Unruh theilt nach etwa halbstündiger Pause die Namen der Mitglieder mit, die er zur Kommission berufen hat. Es sind die Herren: Arntz, Rodbertus, Bucher, v. Kirchmann, v. Berg, Baumstark, Reichensperger, Mätzke, Rintelen (Meschede), Riedel, Jacoby, d'Ester, Behnsch, Zenker, Gr. Cieszkowski, Dunker, Wachsmuth, Gierke, Bredt, v. Puttkammer, Ostermann, Köhler, Müller (Siegkreis), Petersen.

Nach dieser Eröffnung erheben sich die Minister von ihren Plätzen. Präsident v. Unruh: Es ist eine dringende Interpellation an den Hrn. Minister des Innern angemeldet. Die Minister lassen sich nieder. d'Ester: Ich will den Herrn Minister fragen: 1) ob das an den Straßenecken befindliche Plakat von ihm wirklich ausgegangen und unterzeichnet ist, 2) wie er dasselbe gesetzlich zu rechtfertigen denkt? Die Versammlung beschließt, die sofortige Einführung der Interpellation zu gestatten, und Minister Eichmann erklärt: Da mein Bleiben in diesem Ministerium nur noch sehr kurze Zeit dauern wird und ich die volle Verantwortlichkeit so lange übernehme, so bin ich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. — d'Ester: Das Plakat ist bekannt. Es werden darin Behörden aufgefordert, über die Zulänglichkeit der Bürgerwehr zu entscheiden und Militär zu requiriren, ohne daß man weiß, wer diese Behörden sind. Es scheint, als ob der Herr Minister jede Behörde dazu für berechtigt hielte. Das Plakat ist bei der großen Aufregung, die in der Stadt herrscht, offenbar gefährlich. — Minister Eichmann: Da die Bekanntmachung, von der die Rede ist, nicht vorgelesen worden, so erlauben Sie mir, dieselbe vorzulesen. (Er verliest das Plakat.) Anlaß zu dieser Bekanntmachung sind zunächst die Vorfälle von vorgestern. Diese Vorfälle sind Ihnen noch in frischer Erinnerung. Es ist Ihnen auch erinnerlich, daß früher dem Ministerium wegen vorgekommener Ruhestörungen Vorwürfe gemacht worden sind. Aehnliches, Aergeres hat sich vorgestern Abend zugetragen. Das Haus war in Belagerungszustand gesetzt. Einer der Herren Abgeordneten hat mir angezeigt, daß er selbst und mehrere seiner Kollegen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Was in Berlin vorgeht, meine Herren, an dem Sitze dieser hohen Versammlnng, an dem Sitze der höchsten Behörden, an einem Orte, wo fast alle Geldinstitute des Landes Baarschaften liegen haben, das hallt im ganzen Lande, das hallt in Frankfurt wieder, und wir haben schon sehr bittere empfindliche Vorwürfe hören müssen. Es ist der Bürgerwehr nicht möglich, die Ordnung aufrecht zu halten. Sie Alle haben es empfunden. Das Kommando selbst hat dies anerkannt. **Es ist deshalb nöthig, daß der andere bewaffnete Theil des Volkes einschreite. Das soll geschehen, wie es das Bürgerwehrgesetz vorschreibt.** Die Behörden, welche die Requisition ergehen lassen sollen, sind zunächst der Magistrat und der aus ihm gebildete Sicherheitsausschuß — (Aha! links), — sodann aber der Polizeipräsident, dessen Pflicht es ist, für die Ruhe der Stadt Vorkehrungen anzuordnen. Das sind die Aufklärungen, die ich zu geben habe. d'Ester: Nach dem Bürgerwehrgesetz ist es das Bürgerwehr-Kommando, nicht das Polizeipräsidium, welches befugt ist, das Militär zu requiriren. Sie haben durch Ihr Plakat Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen. Ihr Plakat ist ungesetzlich! — Andere Minoritäten, viel größere, als die Sie angeführt, haben Sie aufgefordert, gegen andere Ruhestörer einzuschreiten, die Sie ungestört fortwirken ließen. Ihre Erklärung hat mich nicht befriedigt. — Berends berichtigt faktisch: Das Bürgerwehr-Kommando habe bei dem Hrn. Minister gegen die Bekanntmachung bereits Protest eingelegt und werde in diesem Augenblicke denselben veröffentlichen.

Der Präsident zeigt an, daß die Sitzung auf eine Stunde ausgesetzt werden solle, um der Kommission Zeit zu lassen. (3½ Uhr).

Fortsetzung der Sitzung 5 Uhr. Die Kommission verliest die von ihr entworfene Adresse:

„Majestät! In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt ist, hat die National-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Euer Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Euer Majestät die größte Besorgniß im Volke erregte, und unübersehbares Unglück über das Land zu bringen drohe. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Euer Majestät treues Volk über die Absichten der Reaction erschreckt, und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums haben diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspicien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der National-Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch steigern und unendlich traurige, an das Geschick des Nachbar-Staates erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen. Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die eben so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten und die Wünsche des Volkes in Einklang stehen.“

Die Adresse wird fast einstimmig angenommen.

Seitens der Prioritäts-Kommission sind 2 Anträge als dringlich erkannt worden: 1) Abg. d'Ester, Temme, den Minister des Innern aufzufordern, seine Bekanntmachung vom 1. d. M. zurückzunehmen. Abg. Temme: Die Aufregung über die Bekanntmachung ist groß. Deputationen der Bürgerwehr sind gekommen, um Verhaltungsbefehle zu erbitten. Das Manifest ist den königl. Versprechungen entgegen, es ist ungesetzlich, wir dürfen es nicht dulden. Abgeord. Tamnau: gegen die Dringlichkeit, weil dringendere Dinge da seien. Die Versammlung, befragt, lehnt die Dringlichkeit des Antrags ab. Präsident: Die Kommission hat sich sofort nach Potsdam zu begeben und ich ersuche den Herrn Vice-Präsidenten Phillips meinen Platz einzunehmen. (Rechts: Schluß, Links: Nein). Abg. Parrisius bestreitet die Berechtigung, den Schluß zu beantragen. Abg. Meusebach für den Schluß, die Versammlung ist nicht sehr vollzählig (Oho). Sie werden schwerlich Majoritäten erlangen wollen, die dem Lande gegenüber keine solchen sind. 2) Antrag des Abg. Schultz aus Delitzsch: die hohe Versammlung wolle beschließen, die heutige Sitzung nicht eher zu schließen, bis die Deputation von Sr. Majestät hierher zurückgekehrt sei. Abg. Rehfeld gegen den Antrag. Es ist viel von Aufregung gesprochen worden, sie ist nicht überall. Wenn wir so lange warten, bis die Deputation zurückkehrt, so möchte sich manches Unangenehme daran knüpfen. Abg. Schramm (Liegnitz): Nicht alle sind so ruhig wie der Abg. Rehfeld, wir dürfen nicht eher uns zur Ruhe begeben, bis wir die Antwort kennen. Abgeord. Schimmel: Ich gebe zu, daß in der Residenz Aufregung stattfindet, es wird aber nicht zur Beruhigung beitragen, wenn wir uns permanent erklären. Die Stadt wird viel eher sich beruhigen, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen und ruhig nach Hause gehen. (Gelächter). — Es wird über die Frage, ob auf die sofortige Diskussion des Antrages einzugehen, namentliche Abstimmung verlangt und solche unterstützt. (Heftiger Lärm zur Rechten, viele Mitglieder der Rechten wollen den Saal verlassen, Reklamationen im Centrum und links, die Abgeordneten begeben sich auf ihre Plätze.) 189 stimmen mit ja, 122 mit nein, 91 haben gefehlt. — Der Abg. Parrisius hat ein Amendement gestellt: „die Versammlung beschließt, sich auf 3 Stunden zu vertagen, um alsdann den Bericht der Deputation entgegenzunehmen.“ Die Versammlung scheint nicht beschlußfähig, es wird deshalb zum Namensaufruf geschritten, es sind meistentheils Mitglieder der Rechten, welche fehlen, dieselben sollen sich indessen im Hause befinden. Das Resultat der Zählung ergiebt 187. Abg. Schulze (Wanzleben): Ein großer Theil der fehlenden dieser Seite (auf rechts zeigend), befindet sich in der Restauration, ich ersuche den Herrn Präsidenten, dieselben rufen zu lassen. Abg. Kette: Ich glaube, meine politischen Freunde haben den Saal verlassen, weil sie nicht glauben, daß über den fraglichen Antrag jetzt ein Beschluß gefaßt werden könne. Ich theile diese Ansicht nicht, nichtsdestoweniger kann jetzt nicht diskutirt werden, da wir doch nun einmal nicht vollzählig sind. Abg. Jung: Durch den Austritt der Rechten sind wir nicht beschlußfähig, aber der Präsident kann über den Schluß eine Entscheidung treffen. Schramm (Liegnitz): Es ist schmachvoll, jetzt den Platz zu verlassen, bleiben wir wenigstens beisammen. Abg. Schulze (Wanzleben): die Sitzung ist nicht geschlossen, daher werde ich und meine Freunde den Saal nicht eher verlassen, bis wir wieder vollzählig sind.

Präsident Phillips: Ich werde nimmermehr in solchen kritischen Augenblicken meinen Platz verlassen, ich werde hier bleiben und sobald die Deputation zurück gekehrt ist, die fehlenden Mitglieder rufen lassen. (Schallendes Bravo, in welches die Gallerien einstimmen).

Abends 7 Uhr. Vor dem Schauspielhause bildet die Bürgerwehr Chaine, für die Sicherheit der Versammlung ist heute nichts zu befürchten.

Berlin, 2. Nvbr. [Amtl. Art. des St.-A.] Mit Bezugnahme auf die allerhöchste Botschaft vom 4. April d. J. an die zum zweiten vereinigten Landtage versammelten Stände und auf den Beschluß der letzteren vom 10. d. M. bringe ich hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß:

1) auf den, dem Finanzminister zur Beschaffung von 15 Millionen Rtl. eröffneten Kredit bisher durch die freiwillige Anleihe einschließlich der Beiträge in Gold und Silber erhoben, sind in runder Summe 10,570,000 Rtl.;
2) von der dem Finanzminister ertheilten Ermächtigung zur Uebernahme von Garantien zum Betrage von 25 Millionen Rtl.

in folgender Art Gebrauch gemacht ist:

a) nach Maaßgabe des Gesetzes vom 15. April d. J. sind 10 Millionen Thaler Darlehnskassenscheine ausgefertigt, welche in allen Staatskassen als baares Geld an Zahlungsstatt anzunehmen sind. Davon waren bis zum 23. v. M. gegen gesetzliches Unterpfand an Darlehnen ausgegeben . . . . 5,371,865 Rtl.
auf diese Darlehne aber inzwischen bereits zurückgezahlt 1,246,077 „
so daß nur noch ausstehen blieben . . . . 4,124,888 Rtl.
b) nach dem durch die Gesetzsammlung publizirten, unter dem 28. August d. J. bestätigten Statut des Abr. Schaffhausenschen Bankvereins zu Köln hat der Staat die Garantie für die Zurückzahlung und Verzinsung mit 4½ pCt. jährlich von 2½ Million Rtl. Actien Litt. A. dieses Vereins in 10jährigen Raten innerhalb der nächsten 10 Jahre übernommen;
c) zur Ausführung der Verwallung des Nieder-Oderbruches hat der Staat die Garantie für die Zurückzahlung und Verzinsung des im Wege einer Anleihe zu beschaffenden Baukapitals von 1,300,000 Rtl. übernommen; endlich
d) ist zu Gunsten einer Eisenbahngesellschaft für von derselben ausgestellte Wechsel eine Garantie auf Höhe von 55,000 Rtl. übernommen.

Es ist also hiernach (einschließlich der zu zahlenden Zinsen) für einen Betrag von ungefähr 16 Millionen Thaler Garantie Seitens des Staates geleistet, und zwar unter Bedingungen, welche das Staats-Interesse möglichst sichern. — Berlin, den 1. November 1848. Der Finanzminister v. Bonin.

Das 50. Stück der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 3054 den allerhöchsten Erlaß vom 10. Juli d. J. wegen Unterordnung des statistischen Bureaus unter das Ministerinm des Innern. Nr. 3055 desgleichen vom 24. Oktober d. J., betreffend die Bewilligung von Wartegeldern an disponible Beamte, und Nr. 3056 das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden und die Ausübung der Jagd; vom 31. Oktober d. J.

Dem Büchsenmacher du Moulin zu Riesenburg ist unter dem 26. Oktober 1848 ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes, in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkanntes Perkussionsschloß auf 5 Jahre; von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 4. Klasse 98. königl. Klassenlotterie fiel ein Hauptgewinn von 50,000 Rtl. auf Nr. 3763 nach Frankenstein bei Friedländer; 1 Gewinn von 5000 Rtl. auf das nicht abgesetzte Loos Nr. 6536; 1 Gewinn von 2000 Rtl. auf das nicht abgesetzte Loos Nr. 27,731; 36 Gewinne zu 1000 Rtl. fielen auf Nr. 2463. 4610. 8199. 11,018. 15,735. 15,877. 20,841. 21,110. 22,817. 23,653. 25,210. 27,473. 32,403. 33,757. 40,074. 41,900. 42,066. 42,138. 46,570. 49,511. 54,737. 58,880. 58,892. 64,042. 65,464. 69,275. 70,255. 71,309. 73,667. 75,116. 75,783. 76,384. 76,922. 77,454. 78,729 und 83,447 in Berlin bei Borchardt, 2mal bei Burg, bei Matzdorff und 4mal bei Seeger, Breslau bei Froböß und bei Schreiber, Cleve bei Coßmann, Köln bei Reimbold, Düsseldorf bei Spatz, Frankfurt bei Salzmann, Glatz bei Braun, Halle bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Samter, Liegnitz 2mal bei Schwarz, Magdeburg 2mal bei Roch, Merseburg bei Kieselbach, Ostrowo bei Wehlau, Stettin bei Rolin und 2mal bei Wilsnach, Wittenberg bei Haberland, und auf 9 nicht abgesetzte Loose; 36 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 3959. 4055. 7419. 8250. 9415. 10,931. 14,150. 15,228. 15,541. 17,833. 19,549. 27,091. 27,580. 33,083. 33,137. 39,272. 40,407. 42,695. 54,228. 54,323. 54,650. 55,826. 56,571. 57,773. 61,783. 62,925. 63,597. 63,602. 66,868. 66,941. 69,956. 72,710. 73,841. 78,254. 80,953. und 81,439 in Berlin bei Borchardt, bei Securius und 4mal bei Seeger, Aachen bei Levy, Barmen bei

Holzschuher, Breslau bei Froböß und 4mal bei Schreiber, Bromberg bei George, Köln 2mal bei Reimbold, Danzig 2mal bei Meyer und 2mai bei Rotzoll, Düsseldorf bei Spatz, Elberfeld bei Brüning, Glatz bei Braun, Graudenz bei Lachmann, Königsberg in Pr. bei Friedmann und bei Samter, Landsberg a. d. W. bei Borchardt, Magdeburg bei Brauns, Minden bei Stern, Ratibor bei Samoje, Stettin 3mal bei Wilsnach, Tilsit bei Löwenberg und auf 2 nicht abgesetzte Loose; 48 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 3469. 3998. 5923. 6980. 8866. 10,797. 14,823. 18,307. 25,073. 25,785. 29,124. 29,639. 30,992. 35,571. 43,878. 47,528. 49,745. 53,553. 55,787. 56,205. 56,942. 57,754. 57,880. 58,365. 58,885. 59,161. 59,203. 59,806. 60,094. 60,821. 61,418. 61,697. 63,900. 65,048. 65,133. 67,126. 67,554. 68,122. 69,833. 71,257. 74,057. 74,586. 74,882. 75,572. 76,398. 78,775. 83,788 und 84,922.

Bürgerwehr-Angelegenheiten.

In der die Frage der Militair-Requisition betreffenden Bekanntmachung des hiesigen Magistrates vom 28. Oktober war von einer Eingabe des Sicherheits-Ausschusses die Rede. Wir sind jetzt in den Stand gesetzt: 1) diese Eingabe, 2) die von dem Staatsministerium darauf an den Magistrat erlassene Verfügung vom 31. Oktober, und 3) zugleich einen Erlaß des Ministers des Innern an den Commandeur der Bürgerwehr, so wie 4) eine Bekanntmachung desselben Ministers vom heutigen Tage, nachstehend vollständig mitzutheilen:

1) Hohes Staatsministerium! Die Ereignisse am 16ten d. M. haben gelehrt, wie große Vorsicht Seitens des städtischen Sicherheits-Ausschusses und des Bürgerwehr-Kommando's bei der Requisition des Militairs aufgeboten werden muß, um das Vertrauen zu den Anordnungen der Behörden in dem großen Kreise des Volkslebens nicht zu schmälern, sondern, was Aufgabe der Zeit ist, dasselbe zu steigern. Wir danken es dem Einverständnisse der Militair-Behörden mit dem Sicherheits-Ausschusse der Stadt und dem Bürgerwehr-Kommando, die auf unsere bedingte Requisition: nur 2 Bataillone Militair als letzte Reserven zur Disposition des Bürgerwehr-Commandeurs in das königliche Schloß zu konsigniren und dieselben für den Fall des Einschreitens von der ferneren Requisition des Bürgerwehr-Kommando's abhängig zu machen, — nicht nur bereitwillig eingingen, sondern auch diese Maßregel sofort wieder insistirten, als die Umstände sich dahin verändert hatten, durch eine Gegen-Requisition die Einmischung des Militairs einstweilen wieder zurückzunehmen. — Es hat dies unbezweifelt auf die Stimmung der Bevölkerung einen günstigen Eindruck hinterlassen und die irrthümliche Auffassung theilweise besiegt, als ob die Militair-Behörden, einmal gerufen, die eingenommene Stellung nicht wieder aufgeben würden. — Ein königliches hohes Staatsministerium bitten wir daher, durch eine bestimmte, zu veröffentlichende Erklärung dahin, daß die Einmischung des Militairs in die inneren Unruhen in der Stadt lediglich von unserer und der Requisition des Bürgerwehr-Kommando's abhängig bleiben, und daß auch jede Rücknahme einer solchen Requisition von Seiten des bereits requirirten Militairs respektirt werden würde; dafür mitzuwirken, daß dies unseres Erachtens gewonnene günstige Resultat in der öffentlichen Meinung noch Verstärkung gewinne. — Wir dürfen der Gewährung dieser Bitte um so zuversichtlicher entgegensehen, als der frühere Minister-Präsident Herr v. Auerswald sich in diesem Sinne bereits gegen uns erklärt hatte. — Berlin, den 25. Oktober 1848. — Der Sicherheits-Ausschuß der Stadt-Behörden. (gez.) Hedemann. — An ein königliches hohes Staats-Ministerium.

2) Durch die in Abschrift beiliegende Eingabe des Sicherheits-Ausschusses der hiesigen Stadt-Behörden findet das Staatsministerium sich veranlaßt, dem wohllöblichen Magistrate Folgendes zu eröffnen: Es ist ein vom Staatsministerium wiederholentlich anerkannter Grundsatz, daß die Wiederherstellung der gestörten Ruhe und gesetzlichen Ordnung zunächst der Bürgerwehr obliegt, und daß in solchen Fällen das Militair nur, wenn die Wirksamkeit der Bürgerwehr für den angeführten Zweck unzureichend ist, und auch dann nicht anders, als auf Requisition der zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit berufenen Civilbehörden einschreiten darf. Dieser Grundsatz wird auch bei Störungen der gesetzlichen Ordnung in Berlin aufrecht erhalten werden. Es erscheint dabei unbedenklich, daß, wenn eine Civilbehörde ihre Requisition um militairische Hülfe, wie es am 16ten d. M. geschah, vor dem wirklich erfolgten Einschreiten des Militairs zurücknimmt, solche Zurücknahme von Seiten des Militair-Befehlshabers berücksichtigt werden muß. — Tritt dagegen das zur Unterstützung der Bürgerwehr requirirte Militair wirklich in Thätigkeit, so bestimmt sich das Verhältniß desselben zur Bürgerwehr nach der Vorschrift im § 78 des Bürgerwehrgesetzes vom 17ten d. M., wonach in solchen Fällen die Bürgerwehr die Reserve des Militairs bilden soll. — Das Staatsministerium stellt dem wohllöblichen Magistrat anheim, hiernach dem Sicherheits-Ausschusse die erforderliche Mittheilung zu machen. — Berlin, den 31. Oktober 1848. — Das Staatsministerium. (gez.) v. Pfuel. Eichmann. v. Bonin. Kisker. Graf Dönhoff. Für den Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten: v. Ladenberg. — An den wohllöblichen Magistrat hiesiger Residenz.

3) Die gestrigen Vorfälle setzen mich in die Lage Ew. ꝛc. auf die nothwendigen Folgen der ungenügenden Wirksamkeit der Bürgerwehr aufmerksam machen zu müssen. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Sturm-Petitionen mehrerer Tausend aufgeregter Menschen, welche das Versammlungs-Lokal der Volksvertretung umgeben und gewissermaßen in Belagerungszustand versetzen und, theilweise mit Henkerstricken versehen, die heftigsten Drohungen ausstoßen, endlich in das Sitzungsgebäude selbst eindringen u. s. w., gegen die gesetzliche Ordnung sind, welche die Bürgerwehr zu schützen hat. Dennoch hat sich dies Alles gestern hier zugetragen, und es ist erst so spät dagegen eingeschritten worden, daß es leicht zu noch größeren Exzessen hätte kommen können. — Dem Kommando der Bürgerwehr war es bekannt, daß sich bereits um Mittag ein großer Zug auf dem Alexanderplatze gesammelt hatte und demnächst auf dem Gendarmenmarkte eine Menge von mehreren Tausend Personen zusammengekommen war, welche sich nach einiger Zeit mit dem ausgesprochenen Vorsatze zurückzog, um 5 Uhr Nachmittags wieder einzutreffen und die Antwort der National-Versammlung auf eine Petition zu Gunsten des Wiener Volkes abzuwarten. Von dieser zweiten Versammlung waren die ernstlichsten Störungen der gesetzlichen Ordnung zu fürchten. Um die letztere zu schützen, war die Aufstellung ansehnlicher Abtheilungen der Bürgerwehr auf dem Gendarmenmarkte erforderlich, mit welchen man entweder den Zudrang der Massen zu verhindern oder doch den Platz zu säubern vermochte. Es scheint nun zwar an bewaffneter Macht nicht gefehlt zu haben, denn das Schauspielhaus ist mit zwei Bataillonen besetzt gewesen und außerdem sind drei oder vier Bataillone zusammengezogen worden; aber man hat die Menge, welche anfänglich aus etwa tausend Personen bestand und sich an den Eingängen der Abgeordneten zusammendrängte, Fackeln anzündete und sich dann, allmälig zunehmend, auf dem Platze hin und her bewegte, die National-Versammlung durch Drohungen einzuschüchtern suchte, mehrere Stunden hindurch ungehindert gewähren lassen. Inzwischen war die Haltung des Volkshaufens, die von mehreren Rednern angefeuert wurde, nicht zu weichen, bis ihren Forderungen genügt sei, immer bedrohlicher geworden. Schaaren mit rothen Fahnen, Fackeln und Stricken versehen, hatten die sämmtlichen Thüren des Schauspielhauses besetzt und ließen Niemand hinaus. Endlich erschienen die schon lange zusammen gezogenen drei oder vier Bataillone vor dem Hause und machten die Eingänge frei. Dies hielt jedoch, wiewohl außerdem noch drei andere Bataillone alarmirt, also im Ganzen acht oder neun Bataillone Bürgerwehr auf den Beinen waren, nicht lange an. Die Abgeordneten, welche um 10 Uhr Abends die Sitzung verließen, mußten sich durch die Menge hindurchdrängen; mehrere derselben sind dem Vernehmen nach dabei insultirt und sogar körperlich mißhandelt worden. — Erst als sich hierauf schon ein großer Theil des Volkes verlaufen hatte, schritt die Bürgerwehr mit mehr Energie ein und stellte, nach einem Zusammenstoß mit Maschinenarbeitern, welche dazwischentreten wollten, in später Nacht die Ruhe her. — Die Verhinderung oder sofortige Unterdrückung solcher tumultuarischen Auftritte ist nirgend dringender und unerläßlicher, als in der Hauptstadt, zumal, wenn sie den Charakter des Terrorismus gegen die Volksvertretung annehmen. Leider sind hier schon mehrere Vorfälle ähnlicher Art vorgekommen, welche dazu führen müssen, das Ansehen der Regierung und die Achtung vor der bewaffneten Macht, welche die gesetzliche Freiheit und Ordnung schützen soll, zu untergraben.

Unter diesen Umständen kann die Regierung ihre Verpflichtung, für die Sicherheit der Personen, für die Unabhängigkeit der Volksvertretung und für die öffentliche Ordnung zu sorgen, nicht anders erfüllen, als dadurch, daß bei Ruhestörungen in hiesiger Stadt, sobald die zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung zunächst berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort militärische Hülfe requirirt und nach § 87 des Bürgerwehr-Gesetzes in Thätigkeit gesetzt wird.

Indem ich wünsche, daß der Fall einer solchen, stets bedauerlichen Nothwendigkeit nicht eintreten möge, habe ich den Magistrat und das Polizei-Präsidium von diesem Erlasse zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt. — Berlin, den 1. November 1848. — Der Minister des Innern. (gez.) Eichmann. — (An den Kommandeur der Bürgerwehr, Herrn Rimpler Hochwohlgeboren hier.)

4) **Bekanntmachung. Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der National-Versammlung legen der Regierung die unabweisbare Pflicht auf, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Excesse alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren und nach § 78 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17ten v. M. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. — Berlin, den 1. November 1848. — Der Minister des Innern. — Eichmann.** (St. A.)

⚭ **Berlin**, 2. Nov. [Stürme in und außer der Kammer.] Das Ministerium Pfuel ist nicht mehr! Der König hat die Demission des Ministerpräsidenten angenommen und den Grafen Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt! In diesen Worten werden Sie sich einen Begriff machen von dem, was in unserer Stadt seit heute früh vorgeht, jede Minute bringt neue Thaten, neue Besorgniß und neue Aufregung. Ich will sehen, wie ich aus der Wucht der sich drängenden Ereignisse im Stande bin, Ihnen ein wenn auch nur mattes Bild zusammenzustellen. Morgens früh sah man 2 Plakate an den Ecken, eines von dem Kommando der Bürgerwehr, welches sein Bedauern über die jüngsten Vorgänge an dem Sitzungssaale ausspricht, und den Maschinenbauern eine Genugthuung von dem Bataillon verspricht, durch welches jene Ereignisse herbeigeführt worden sind. Die Maschinenbauer haben an dieses Bataillon, dem 8. der Bürgerwehr, die Aufforderung gestellt, die Verwundeten durch eine Summe von 1800 Thlr. zu versorgen. — Das 8. Bataillon dagegen hat sich gegen das Plakat des Kommandeurs erklärt, wonach derselbe eben alle Schuld auf dasselbe wälzt. Es hat dem Kommandeur jetzt unbedingt den Gehorsam gekündigt, und will unter ihm keinen Dienst mehr thun, da derselbe dem Bataillon ausdrücklich den Befehl zum Säubern des Platzes ertheilt. — Die Stadtverordneten haben jedoch beschlossen, die Verwundeten auf Kosten der Kommune zu versorgen, und den Gefallenen mit allen, einem im Dienste gefallenen Wehrmanne zu erweisenden Ehrenbezeugungen beerdigen zu lassen. Soweit alles auf dieses eine Plakat bezügliche. Ein zweites ist eine Bekanntmachung des Ministers Eichmann, worin derselbe mit dürren Worten ausspricht, daß er die betreffenden (!) Behörden angewiesen habe, sofort das Militär zu requiriren und in Wirksamkeit treten zu lassen, wenn die Bürgerwehr nicht rechtzeitigen oder unzeitigen Schutz gewährt. — Welche Sensation, welche ungeheure Aufregung und Erbitterung dieses Plakat hervorbrachte, dies zu beschreiben bin ich nicht im Stande. Und in demselben Augenblick, in dem Moment der allgemeinsten Sensation kommt aus der Nationalversammlung die Nachricht von der Abdankung des Ministeriums, und von der Ernennung des Grafen Brandenburg als Bildner des neuen Kabinets. Die Nationalversammlung beschloß, um 1 Uhr wieder zusammenzutreten, um über die ferneren Schritte zu berathen, nachdem von der Rechten vielfache Anstrengungen gemacht wurden, nach dem Antrage des Grafen Brandenburg die Sitzungen von Tag zu Tag auszusetzen, bis das Ministerium gebildet sei. — (Mittags 2 Uhr.) Die Sitzung der Nationalversammlung beginnt wieder. Eine Masse Urlaubsgesuche von Mitgliedern der Rechten werden eingereicht, auch der Ministerpräsident v. Pfuel erlangt einen vierwöchentlichen Urlaub, wegen Kränklichkeit. Es erfolgt jetzt die Austheilung einer Abschrift der Kabinetsordre wegen der Entlassung Pfuels und der Ernennung des Grafen Brandenburg in offizieller Weise, gegengezeichnet von Eichmann. Zwei dringende Anträge liegen vor; der eine von Jakoby, Temme, Waldeck: eine Kommission aus zwei Mitgliedern, nach dem bei der Präsidentenwahl üblichen Modus zu ernennen, welche Mittel zur Abwendung der drohenden Gefahr des Landes der Versammlung vorzuschlagen hat, und die Sitzung nicht eher zu schließen, bis die Kommission ihr Bericht erstattet; der andere von den Abgeordneten Phillips, Pax, Rodbertus, Berg, Wachsmuth ꝛc.: eine Kommission aus 25 vom Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern niederzusetzen, welche eine Adresse an den König entwirft und der Versammlung zur Bestätigung vorlegt, und sie nachher dem Könige unter Vortritt des Präsidenten zu übergeben. — Der erste Antrag fällt, der zweite wird mit großer Majorität angenommen, die Kommission ernannt und die Sitzung bis 4 Uhr vertagt. Während deß verbreitet sich das Gerücht, das Militär stehe bereits vor dem Brandenburger Thore, und der Vicepräsident Phillips fährt eigends dahin, um sich von der Falschheit des Gerüchts zu überzeugen. — Vicepräsident v. Unruh hat schon heute im Laufe des Vormittags dem Bürgerwehrkommando den Schutz der Versammlung übertragen und dasselbe dafür verantwortlich gemacht. Gegen 4 Uhr rückten denn auch von allen Seiten Bürgerwehrbataillone zu gänzlicher Absperrung des Gensd'armenmarkts an, nachdem das Volk vorher davon unterrichtet war, daß die Bürgerwehr nicht in feindlicher Absicht komme; Karbe selbst machte diese Mittheilung, und so gelang es ohne den geringsten Widerstand alle Zugänge zum Gensd'armenmarkt abzusperren. D'Ester interpellirt während deß den Minister des Innern, ob diese Bekanntmachung von ihm herrühre, und wie er dieselbe zu vertreten gedenke. Er antwortet, daß er dieselbe auf seine Verantwortlichkeit nehme, und bezeichnete als die zuständigen Behörden, die das Militär selbstständig requiriren können: den Sicherheitsausschuß, den Magistrat oder den **Polizeipräsidenten!** 5 Uhr. Die Sitzung beginnt von Neuem; die von der Kommission einstimmig angenommene Adresse wird auch von der Versammlung fast mit Einstimmigkeit angenommen. — Es sind wieder zwei dringende Anträge da; D'Ester, Temme: den Minister des Innern aufzufordern, die erlassene Bekanntmachung wegen Herbeiziehung des Militärs sofort zurückzunehmen. Die Dringlichkeit wird mit 160 Stimmen gegen 154 abgelehnt. — Der zweite vom Abgeordneten Pillet: Heute nicht eher zu schließen, bis die Kommission zurückgekehrt ist. — Nur unter ungeheurem Lärmen vermag dieser Antrag auch nur verlesen zu werden, die Rechte schreit und tobt nach Schluß der Sitzung. Trotz dem wird namentlich über die Dringlichkeit abgestimmt, die Majorität ist dafür! Man will jetzt über den Antrag selbst abstimmen — da begeht die Rechte und ein Theil des Centrums ein unwürdiges Manöver und verläßt den Saal, so daß die Versammlung nicht mehr beschlußfähig ist. Man streitet hin und her, ob die Sitzung nun zu schließen, der Vicepräsident Phillips erklärt aber unter förmlichem Jubel der Linken, daß er in solchen kritischen Momenten nicht vom Platz weichen und nicht die Sitzung schließen werde. Die Linke harret also der Rückkunft der Deputation. — In der Stadt herrscht furchtbare Aufregung, bringt die Deputation keine genügende Antwort, dann sei uns der Himmel für die Nacht gnädig. — Die Schloßgitter sind schon seit Nachmittag gesperrt, die Bürgerwehr überall konsignirt. — Es sind die Hauptleute und Majore beim Bürgerwehrkommandeur versammelt, um zu berathen, was zu thun; der Kommandeur will wegen des Plakats des Minister Eichmann seine Stellung niederlegen, nur nach langem Zureden läßt ihn die

höchste Gefahr der Stadt auf seinem Posten bleiben. — Auch bei der Stadtverordnetenversammlung gehts stürmisch über den ministeriellen Erlaß her. Allseitig wird ein möglichst kräftiger Protest dagegen verlangt, man beschloß aber zuerst eine offizielle Erklärung vom Minister zu verlangen, wen er denn eigentlich unter den zuständigen Behörden verstanden, und ob er jeder einzelnen, oder allen zusammen das Recht beilegt, Militär zu requiriren, dem Polizeipräsidenten allein sei dies Recht jedoch nimmer einzuräumen. — Abends 8 Uhr. So eben werden folgende, im gegenwärtigen Augenblick höchst wichtige Plakate erlassen:

1) An die Bürgerwehr und die gesammte Bevölkerung Berlins.

Mitbürger! Ein schwieriger Augenblick für die Entwickelung unserer staatlichen Freiheiten ist gekommen.

Die Zeit drängt und erlaubt nur wenige Worte zu Euch.

Vor Allem ist uns Besonnenheit — Einigkeit noth.

Möge die Bürgerwehr auf den ersten Ruf zahlreich erscheinen — möge die übrige Bevölkerung durch vollständige Ruhe und Vermeidung jedes Exzesses den Beweis liefern, daß sie reif ist für unsere freie staatliche Entwickelung.

Der geringste Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und dem übrigen Theile der Bevölkerung in dieser Zeit kann von den traurigsten Folgen sein. Bedenken wir das und erwarten wir von unseren Vertretern die ihrer und unser würdigen Beschlüsse mit der Achtung, die ihnen deshalb gebührt, weil unsere freie Wahl dieselben berufen.

Berlin, den 2. November 1848.

Das Kommando der Bürgerwehr.

Rimpler.

2) Bekanntmachung.

Der Herr Minister des Innern, Eichmann, hat durch einen heute Vormittag angehefteten Ecken-Anschlag bekannt machen lassen, daß er die betreffenden Behörden angewiesen habe, in allen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr, wie am 31. v. M., dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren.

Das unterzeichnete Kommando findet darin eine Verletzung der der Bürgerwehr und den städtischen Behörden, in Betreff der Requisition des Militärs von den Ministerien gegebenen und anerkannten Zusicherungen, und hat demnach seinerseits beim Minister des Innern Verwahrung eingelegt.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Berlin, den 2. Novbr. 1848.

Das Kommando der Bürgerwehr.

Rimpler.

Die Befürchtung steigt mit jeder Minute, da man sich erzählt, der König habe Potsdam verlassen, als er hörte, die Deputation wolle zu ihm, und sei nach Magdeburg gefahren. Man spricht sehr lebhaft von einer Permanenz-Erklärung der Nationalversammlung. — 8½ Uhr. Die Unruhe steigt zusehends, auf allen Mienen die bange Erwartung für den nächsten Moment. Die Führer der Bürgerwehr sind wiederholt zur Berathung zusammen, auch der Sicherheitsausschuß ist eben in Funktion getreten. — 9½ Uhr. Noch ist die Deputation von Potsdam nicht zurückgekehrt, man will mit Bestimmtheit wissen, daß der König nicht dort sei, man bezeichnet als seinen Aufenthalt Grunewald oder Paretz *). Die Züchtlinge des Arbeitshauses machten unlängst einen Versuch auszubrechen, der Aufstand wurde aber sofort durch die Bürgerwehr gedämpft. Noch ist der ganze Platz um das Schauspielhaus umstellt mit Bürgerwehr, das Volk verhält sich aber im höchsten Grade ruhig. 11 Uhr. Noch immer ist die Deputation nicht hier.

□ **Berlin**, 2. Nov. [Tagesbericht vom 2. Nov. Mittags.] Die Nachwirkung der vorgestrigen Demonstration ist bedeutender, als sich gestern erkennen ließ. Das Gerücht von der tödtlichen Verwundung eines Maschinenbauers und der mehr oder minder erheblichen Verletzung von 9 anderen Mitgliedern dieses Corps, welches sich unbewaffnet, um den Frieden zu erhalten, zwischen die Bürgerwehr und das Volk gestellt hatte, hat sich bestätigt. Ein Anschlag erschien gestern gegen Abend, um das Urtheil der öffentlichen Meinung über dieses Ereigniß hervorzurufen. Die Majore und Hauptleute der Bürgerwehr traten sofort zu einer Berathung zusammen. Es wurde beschlossen, eine Untersuchung einzuleiten und deren Ergebnisse zur richterlichen Cognition zu bringen. Nach Allem, was sich bis jetzt herausgestellt hat, fällt die Schuld lediglich einem Hauptmann der Bürgerwehr zur Last, der schon öfter bei ähnlichen Vorgängen rücksichtslos gegen Unbewaffnete eingeschritten ist, während er sich in Fällen bewaffneten Widerstandes, wie am 16. Oktober, stets geflissentlich fern hielt. Das Bataillon, dem dieser Offizier angehört — es ist das 8. — hat sich bereit erklart, den Maschinenbauern gebührende Genugthuung zu geben und den Urheber des beklagenswerthen Ereignisses seiner Hauptmannsstelle zu entsetzen. Nur der Umsicht und Mäßigung des Commandeurs Major Rimpler ist es zu verdanken, daß die Maschinenbauer nicht zu den Waffen griffen. Er eilte gestern nach ihrem Versammlungslokale und verhinderte, daß die von allen Seiten ausgesprochene Absicht nicht verwirklicht wurde. Heut früh spricht das Kommando in einer Bekanntmachung „sein inniges Bedauern darüber aus, daß gerade Männer, die in der anerkennenswerthen Absicht erschienen waren, die bedrohte Ordnung herzustellen, durch die Waffen ihrer zu gleichem Zwecke versammelten Mitbürger verletzt worden sind." — Die National-Versammlung war allerdings vorgestern Abend ernstlich bedroht. Die Erbitterung der Menge war nicht blos gegen die Mitglieder der Rechten gerichtet. Ein bei dem Volke sonst sehr beliebter Abgeordneter der Linken, Herr Berends, soll Mißhandlungen gleichfalls nicht entgangen sein. Eben so erging es Herrn Schadebrodt (vom Centrum). Man versichert, daß an jenem Abende selbst in den oppositionellen Fraktionen Stimmen für energisches Einschreiten gegen die Volksmassen laut geworden seien. Ein rheinischer Deputirter, welcher der äußersten Linken angehört, soll sogar von Heranziehung des Militärs gesprochen haben. Der Minister des Innern hat deshalb so eben eine Bekanntmachung erlassen. In den Volksgruppen, die vorgestern das Schauspielhaus umlagert hielten, wurde ein Herr bemerkt, der hie und da zu einem gewaltsamen Angriff rieth. Sein Ausdruck verrieth slavische Abkunft. Sein Reden machte ihn verdächtig. Er wurde scharf beobachtet und erklärte auf Befragen: er sei ein Mecklenburger aus Gustrow, „ein guter deutscher." Das gebrochene deutsch, in dem er diese Erklärung abgab, widerlegte dies mehr als hinreichend. Er wurde verhaftet und sollen bei ihm österreichische, nach einer andern Angabe russische Papiere vorgefunden worden sein. — Der vorgestrige Abend hat u. A. auch den Erfolg gehabt, verschiedene Personen, die sich ohne Gesinnung und Beruf an die Spitze des Volkes herangedrängt haben, unpopulär zu machen. Dem Lindenklubbs-Präsidenten, der vom Schauspielhause herab zu reden versuchte, wurde zugerufen: er möge sich nur wieder in die Tonne begeben. Der alte Karbe wurde verhöhnt, und Held, der sich in Momenten, in denen die Entscheidung nicht durch Reden herbeizuführen ist, nicht blicken läßt, stürzte gestern Abend im Maschinenbauer-Verein von der Höhe der Volksgunst, auf der ihn in letzter Zeit nur noch dieser Verein gehalten hatte. — Aus der Abendsitzung vom Dienstag geleiteten die Abgeordneten Schramm, Jakoby und Jung den greisen Ministerpräsidenten sicher durch die Volkshaufen. Man begab sich zunächst in die unmittelbar hinter dem Schauspielhause belegene Wohnung des Hrn. Jung. Herr v. Pfuel war so erschöpft, daß er dieselbe vor dem Morgen des nächsten Tages nicht zu verlassen im Stande war. Seltsame Fügung! Es war die letzte Sitzung unter dem „Ministerium der bewaffneten Reaction", Das in jener Nacht am Herde eben des Mannes Zuflucht suchen mußte, dem es jenen Namen verdankt.

Nachm. 4½ Uhr. Die Stimmung ist eine außerordentlich aufgeregte. Allarmirung der Bürgerwehr in allen Bezirken. Es hatte sich die Nachricht verbreitet, das Militär stehe schon in der Nähe des Brandenburger Thores. Das Kommando der Bürgerwehr ertheilte sofort Befehl zum Sammeln der Mannschaften. Mehrere Abtheilungen halten den Gensdarmenmarkt besetzt. Das Corps der Maschinenbauer, diesmal bewaffnet, ist dort auf Befehl des Commandeurs gleichfalls aufgestellt. Das Schauspielhaus hat im Innern eine starke Bedeckung. Jeden Augenblick erwartet man eine Veröffentlichung der Protestation des Bürgerwehr-Kommando's. Die Volksgruppen sind nicht allzu zahlreich, wenigstens nicht in der Nähe des Schauspielhauses. Flugblätter, Berichte über die Morgensitzung enthaltend, angebliche Nachrichten aus Wien u. dgl. m., auch ein Aufruf „An das Volk von Berlin" werden verkauft, gelesen und heftig diskutirt. — Die Wiener Nachrichten lauten sämmtlich ungünstig. An der Börse waren indeß günstige Nachrichten verbreitet, denen im Schauspielhause Glauben geschenkt wird. — Die Studenten haben eine akademische Legion constituirt und den Rittmeister a. D. Vorpahl, einen bekannten Republikaner, zum Führer gewählt.

6 Uhr. Das Gerücht, daß Truppen nahe bei der Stadt und zum Einrücken bestimmt seien, war grundlos. Die Ruhe ist bis jetzt noch nicht gestört. Die Bürgerwehr hat das königl. Schloß und die Palais des verstorbenen Königs und der Fürstin Liegnitz stark besetzt. Auf dem Gensdarmmarkt stehen zahlreiche Gruppen, welche durch die Bürgerwehr von den Zugängen zum Schauspielhause fern gehalten werden. — Das Bürgerwehr-Kommando hat eine Proklamation erlassen, in der es zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. — Das 8te Bataillon, welches vorgestern den Zusammenstoß mit den Maschinenbauern hatte, wälzt alle Schuld auf den Commandeur und behauptet, daß dieser den Befehl zum Angriff ertheilt habe. Das Bataillon hat dem Commandeur den Dienst aufgekündigt und will nur noch auf Generalmarsch erscheinen.

§§ **Berlin**, 2. Novbr. [Das Ministerium Pfuel existirt nicht mehr.] Was seit mehreren Wochen gerüchtweise herumlief, bestätigt und widerrufen wurde, das ist nunmehr zur Wirklichkeit geworden. Ich erwähnte neulich bei einer ähnlichen Gelegenheit, wie die allgemeine Ansicht dahin ginge, daß Herrn v. Pfuels Rücktritt im gegenwärtigen Augenblick kein erfreuliches Ereigniß sein könne. Das Zeugniß hat ihm die äußerste Linke heute von der Tribüne gegeben. Und in der That, Herr v. Pfuel war es, welcher die konstitutionelle Bahn mit Konsequenz verfolgt hat; keiner seiner Vorgänger ist so ehrenvoll von seinem Platze abgetreten. Gewiß ist es, daß Herrn v. Pfuels Entlassung ein bedenkliches Zeichen der Stimmung bei Hofe ist. Herr v. Pfuel hat bekanntlich vorgestern für das Rodbertussche Amendement gestimmt; daß die Ertheilung der Demission nicht etwa eine Mißbilligung dieses Votums? Was nun kommen wird, ist schwer zu sagen. Graf Brandenburg flößt kein Vertrauen ein, in der Kammer findet er auf keiner Seite Männer, welche in sein Ministerium eintreten. Trügt nicht Alles, so gehen wir großen Stürmen entgegen. Die Niederlage Wiens hat der Reaktion wieder den Kamm schwellen lassen. Die Militärherrschaft lauert auf ihre Beute. Die Bekanntmachung des Herrn Eichmann, die Requisition des Militärs betreffend, mag Ihnen als Beispiel von der Art und Weise dienen, wie man vorkommendenfalls mit der Bürgerwehr umzuspringen gedenkt. Das Land kann aber getrost auf die Nationalversammlung blicken, sie wird sicherlich die Volkssache aus allen Kräften vertreten. Die Deputation der Nationalversammlung ist um 6 Uhr nach Potsdam gegangen, um 9 Uhr wird sie zurückerwartet.

Berlin, 2. Novbr. [Pfuel's Rücktritt und die Kammer-Fraktionen. — Eine Minister-Combination.] Aus glaubhafter Quelle kann ich über die Ursachen des Rücktritts des Herrn v. Pfuel so viel berichten, daß die Abstimmung des Herrn Ministers v. Pfuel über den Rodbertus'schen Antrag und das Verweilen des Herrn Premierministers in der Behausung des Abgeordneten Jung damit nicht im Entferntesten im Zusammenhange steht. Nachdem der Herr Premierminister bereits mehrmals sich geneigt gezeigt hat, ohne von den diesfälligen Vorgängen die geringste Kenntniß gehabt zu haben, zurückzutreten, erhält gestern, Mittwoch, Mittags der Herr Minister Eichmann ein Schreiben des Herrn v. Pfuel, worin er ihn benachrichtigt, daß er seinen Abschied genommen und der König den Herrn Grafen v. Brandenburg mit der Bildung eines Kabinets beauftragt habe. — Die linke Seite beantragte nach Mittheilung des Umstandes, daß Herr v. Brandenburg mit der Bildung eines Kabinets beauftragt sei, die Niedersetzung einer Kommission, welche die weiteren Maßnahmen berathen solle. Die Fraktionen der rechten Seite und des Centrums vereinigen sich endlich zu dem Beschlusse, Sr. Maj. dem Könige gegen die Berufung des Herrn von Brandenburg in einer Adresse, jedoch unter Anerkennung der Befugnisse der Krone in dieser Beziehung, Vorstellung zu machen. Ob diese Adresse abzusenden oder durch Deputation zu überreichen, war unter den genannten Fraktionen streitig Man hat sich für eine von dem Präsidenten der National-Versammlung zu ernennende Deputation entschieden. — Als Mitglieder des neuen Ministeriums werden General v. Stockhausen aus Königsberg und Oberlandesgerichts-Chef-Präsident Wentzel aus Ratibor vielfach genannt. Faktisch ist, daß Stockhausen bereits in Berlin eingetroffen und Wentzel hierher berufen worden ist. Präsident W. soll bereits nach Ratibor zurückgekehrt sein.

Berlin, 2. November. [Ein wichtiger Tag.] Berlin ist in ängstlicher Spannung. Wir stehen an dem Vorabende einer gewaltigen Entscheidung. Pfuel hat abgedankt, Brandenburg soll ein Ministerium bilden, Eichmann droht mit der Militärmacht — da haben Sie den Inhalt des heutigen hochwichtigen Tages. Pfuel hat abgedankt, sagt man, weil er die von Potsdam aus begehrten energischen Maßregeln nicht ergreifen wollte; Brandenburg soll das Ministerium der bewaffneten Reaktion zu einem Ministerium der dreinschlagenden Reaktion machen, was Eichmann durch sein Plakat in Aussicht stellt. Kein Mensch verhehlt sich die Gewichtigkeit des Moments. Die Einigkeit zwischen der Bürgerwehr und dem unbewaffneten Volke ist wieder da. Die allgemeine Stimmung ist eine ernste, gemessene. Rimpler erläßt ein Plakat, worin er Eichmanns Drohung für gesetzwidrig erklärt und eins, in dem er dem wakkeren Korps der Maschinenbauer Genugthuung giebt. Ein anderes Plakat drückt die Stimmung der Bevölkerung aus, es heißt:

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Diese Angabe hat sich nicht bestätigt, der König war in Potsdam. Red.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 259 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 4. November 1848.

(Fortsetzung.)

An das Volk von Berlin!

Das Ministerium Pfuel hat abgedankt. Der General Graf Brandenburg hat so eben der Nationalversammlung mitgetheilt, daß er mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt ist. Der Minister Eichmann stellt das Einschreiten des Militärs in Aussicht. Die Nationalversammlung hat beschlossen, ihre Sitzung in Betracht der Ernennung des Generals Grafen Brandenburg zum Ministerpräsidenten und des Erlasses von Eichmann wegen Requisition des Militärs sich bis heute Nachmittag 1 Uhr zu vertagen, um dann über die kritische Lage des Landes Beschluß zu fassen.

Bürger! Wien liegt in Trümmern, und Leichen bedecken seine Straßen. Soll Berlin auch ein Schutthaufen werden?

Bürger! Das Vaterland ist in Gefahr. Es fallen die Würfel. Die preußische Nationalversammlung hat sich unter den Schutz des Volkes von Berlin gestellt. Sie wird des Volkes Sache und die Sache Deutschlands ergreifen. Sehen wir mit ernstem und entschlossenen Blick den Dingen entgegen, die unserer harren. Wir stehen und fallen mit der preußischen Nationalversammlung.

Berlin, 2. November, $11\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Gensdarmenmarkt ist bei Eröffnung der Sitzung um 1 Uhr mit dichten Massen besetzt. Das Volk ist für die Nationalversammlung begeistert. Man erzählt sich Einzelnheiten aus der Adresse, mit der eine Deputation an den König geschickt werden soll. Die Deputation ist um 6 Uhr nach Potsdam abgegangen. Das Volk weicht nicht, es will ihre Zurückkunft und den Bescheid abwarten. Man theilt sich Neuigkeiten aus Wien mit, wonach die Sache der Freiheit noch nicht verloren. Wir befinden uns in den ersten Stadien einer neuen Revolution. Das Wort „Permanenz" ist sehr geläufig.

Berlin, 3. Nov. Nachts 1. Uhr. Gegen $10\frac{1}{2}$ Uhr ist hier folgende telegraphische Depesche eingegangen: „Potsdam, 2. Nov. Abends 9 Uhr. An die Minister Eichmann und von Bonin. Zur Ertheilung einer Antwort vom Könige ist mindestens die Anwesenheit eines Ministers dringend erforderlich. Die Deputation der Nationalversammlung wartet bis 11 Uhr hier auf telegraphische Antwort. v. Unruh. Abschrift dieser Depesche an den Vice-Präsidenten Phillips." — Diese Abschrift ist denn dem Vice-Präsidenten Phillips auch in der National-Versammlung vom Minister v. Bonin, datirt den 2. Nov. 10 Uhr 24 Minuten zugegangen, indem ein gleichzeitiges Schreiben des Ministers der Versammlung mittheilt, daß die Minister Eichmann und Bonin sich morgen früh mit dem ersten Bahnzuge nach Potsdam zum Könige begeben werden. — Von dem Abgeordneten Schulz (Delitzsch) wird jetzt ein Antrag auf Permanenz bis zur Rückkehr der Deputation eingebracht, von demselben aber zurückgezogen, jedoch von Elsner aufgenommen. (Ungeheures Lärmen der sich indeß wieder spärlich einfindenden Rechten.) Der Antrag Elsners: **Die heutige Sitzung der Versammlung wird nicht eher geschlossen, bis die Deputation zurückgekehrt ist und der Versammlung Bericht abgestattet hat, wird unterstützt und kommt zur Abstimmung.** Dafür 114, dagegen 106 St., so daß der Antrag angenommen wird. Von der Rechten wird nun noch einmal namentliche Abstimmung verlangt und angenommen. Kaum beginnt der Namensaufruf als die Rechte das unwürdige Manöver wiederholt und den Saal verläßt, so daß die Versammlung, wie sich erst nach vollendetem Namensaufruf ergiebt, nicht beschlußfähig ist, indem für den Antrag jetzt 115 dagegen 68 stimmen, woraus sich die Beschlußunfähigkeit ergiebt. Unter diesen Umständen vertagte der Vice-Präsident Phillips die Sitzung bis heute morgen 9 Uhr. — Um 1 Uhr rückte denn auch die Bürgerwehr, die heute einen schweren Dienst hatte, obgleich sich das Volk mit musterhafter Ruhe benahm, nach Hause. Das Militär war ebenfalls bis jetzt in den Kasernen konsignirt. Die Stadt ist trotz der späten Nachtzeit noch sehr lebendig. — Die Vorsehung gebe uns ihren Schutz für den heutigen Tag!

Halle, 31. Oktober. [Das Bürgerwehrgesetz verworfen.] Gestern Abend fand im Saale des Hotel zur Eisenbahn wieder eine Bürgerwehrmännerversammlung statt, bei welcher sich gegen 400 Mann betheiligten. Hauptgegenstand der Berathung war das neue Bürgerwehrgesetz. Das Gesetz ward als ein volksfeindliches verworfen.

Deutschland.

Frankfurt, 31. Oktbr. [Nationalversammlung.] Es fand heute in der Reichsversammlung noch eine kleine Nachlese von Interpellationen Statt. Biedermann, Laube u. A. interpellirten wegen der sächsischen Blättern zufolge von der sächsischen Regierung an die Stände gemachten Vorlage eines Dekrets, worin die Einführung der deutschen Verfassung in Sachsen von einer vorgängigen Vereinbarung mit der Regierung und den Ständen des Landes abhängig gemacht wird, desgleichen wegen der bei dieser Gelegenheit von den Organen der Regierung geäußerten Ansicht: daß sie alle die Reichsgesetze, gegen welche ihr Bedenken zugingen, der Erwägung der Stände unterbreiten werde. Die Interpellanten fanden darin eine Verletzung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 27. Mai (über den Raveaux-Werner'schen Antrag), sowie des Beschlusses vom 23. Sept., die Publikation der Reichsgesetze betreffend, und sie sprachen die Erwartung aus, daß die Central-Gewalt davon Kenntniß zu nehmen und zur Aufrechthaltung der Stellung der Nationalversammlung und zur Durchführung jener von ihr gefaßten Beschlüsse das Nöthige vorzukehren sich veranlaßt finden werde. Der Reichs-Justizminister Mohl antwortete auf diese Interpellation sofort: Das Reichsministerium habe bereits Notiz von jenen Vorgängen genommen und sofort von der sächsischen Regierung die authentischen Protokolle über jene Kammer-Verhandlungen eingefordert. Er glaube daher die definitive Erledigung der gestellten Anfrage auf nächsten Montag verschieben zu müssen, und setzte hinzu, daß dann auch noch andere verwandte Vorgänge in anderen Staaten zur Sprache würden kommen müssen. — Die zweite Interpellation, von Höfken eingebracht, betraf das Verhältniß Limburgs, welches bekanntlich von Holland als eine holländische Provinz betrachtet und als solche sogar in der neuen holländischen Verfassung bezeichnet wird, während doch die Paragraphen 2 und 4 des Kapitels vom Reiche ausdrücklich für alle deutschen Bundesländer, also auch für Limburg, das Verhältniß der bloßen Personal-Union mit nichtdeutschen Ländern feststellen. — Der Minister des Innern, an welchen diese Interpellation gerichtet war, befand sich nicht im Saale; es erfolgte daher keine sofortige Antwort auf dieselbe. — Der Abgeordnete Förster von Hünfeld stellte einen dringenden Antrag in Folge der auf seine gestrige Interpellation vom Ministerium gegebenen Antwort. Er wollte nämlich dem Ministerium aufgegeben wissen, daß es ein Programm über die von ihm in allen Richtungen seiner Geschäftsthätigkeit befolgten Grundsätze der National-Versammlung baldigst vorlege. Die Versammlung theilte dieses Verlangen des Antragstellers nicht und verwarf die Dringlichkeit des Antrages. — Dann hat die Reichsversammlung folgende Paragraphen des Verfassungs-Entwurfes angenommen: Abschnitt I. (Das Reich.) Artikel III. § 6. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbständigkeit, so weit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, so weit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind. Abschnitt II. (Die Reichsgewalt.) Art. I. § 7. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrts-Verträge, so wie die Auslieferungs-Verträge. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an. § 8. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten. — § 9. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit anderen deutschen Regierungen abzuschließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei. — § 10. Alle nicht rein privatrechtlichen Verträge, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. (Fr. J.)

Die „Frankf. O.-P.-A.-Z." meldet in ihrem amtlichen Theile: Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichs-Verweser sind seit der Uebernahme der Centralgewalt und insbesondere aus Anlaß verschiedener von dieser getroffenen Maßregeln, so zahlreiche Ergebenheits- und Zustimmungs-Adressen von ganzen Provinzen, Städten, Landgemeinden, Vereinen und einzelnen Personen zugegangen, daß die Beantwortung jeder einzelnen derselben nicht wohl Statt finden konnte, sondern nur für jene Zuschriften verfügt ward, wo besondere Gründe eine Erledignng nothwendig machten. Se. kaiserl. Hoheit fühlen Sich jedoch gedrungen, den Einsendern dieser Adressen Ihren wärmsten Dank für die darin ausgesprochenen Gesinnungen auszudrücken, und haben das unterzeichnete Reichsministerium des Innern beauftragt, dies in Ihrem Namen öffentlich bekannt zu geben. — Frankfurt, 31. Oktober 1848. — Das Reichs-Ministerium der Innern.

Wir können die wahrscheinlich jetzt durch alle Zeitungen laufende Nachricht, als sei, durch Meinungs-Verschiedenheit über die österreichische Frage veranlaßt, im Reichsministerium eine Spaltung entstanden, für völlig unbegründet erklären. Das Reichsministerium ist auch in dieser Frage vollkommen einig, und daß es „das deutsche Interesse in Oesterreich nicht ohne Unterstützung von Seiten des Reiches lassen" will, geht aus den heute in der National-Versammlung veröffentlichten Depeschen an die Reichs-Kommissare wohl zur Genüge hervor. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Herr v. Bruck ist, wie bereits gemeldet, nach Olmütz abgereist. Er ist nicht von der Reichsgewalt gesandt, sondern berufen vom österreichischen Ministerium, das heißt, Herrn v. Wessenberg. Herr v. Bruck, Direktor am Lloyd in Triest, ist ein sehr gewandter Mann, der sein Vermögen und Stellung lediglich seiner eigenen Geschicklichkeit verdankt. Er ist ohne Zweifel zum Minister bestimmt. — Man vernimmt, daß die Deputation angekommen ist, welche der Gemeinderath an den Erzherzog Johann abgeordnet hat. Sie schildert den Zustand in Wien als sehr ungeordnet. (Deutsche Z.)

Ein Abdruck der Zuschrift Jellachich's an die „Slovanska Lipa" ist gestern in der Nationalversammlung vertheilt worden, mit dem von einer Anzahl der Linken unterzeichneten Zusatze: „Was sagt die deutsche Centralgewalt, was sagt die deutsche Reichsversammlung, was sagen die Correspondenten der „Oberpostamts-Zeitung" und der Augsburger „Allg. Zeitung" zu dieser offenen Erklärung des croatisch-slavonischen Heerführers auf deutschem Bundesboden?"

[Die Wirksamkeit des Reichsministeriums.] Aus einer Zusammenstellung der bisherigen Wirksamkeit des Reichsministeriums, welche die O.-P.-A.-Z. mittheilt, entnehmen wir folgende, zum Theil noch unbekannte Notizen: Das Handels-Ministerium hat wegen des Zollanschlusses aller noch nicht zum Zollgebiet gehörenden deutschen Länder Vorberathungen mit den betreffenden Bevollmächtigten gepflogen und, wo Verträge von deutschen Einzelstaaten mit außerdeutschen Staaten im Wege stehen, deren Beseitigung vorbereitet. Eben so sind Einleitungen zu Handels- und Schifffahrts-Verträgen (z. B. mit Nordamerika) und für die Heranziehung tüchtiger Kräfte zur künftigen Oberleitung der Marine-Angelegenheiten getroffen. Rücksichtlich der Beschaffung der für die Marine vorläufig zu verwendenden drei Millionen Thalern hat das Reichs-Finanzministerium bei der gegenwärtigen ungünstigen Finanzlage der meisten deutschen Staaten es als seine Aufgabe erkannt, den einzelnen Regierungen die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten gegen das Reich möglichst zu erleichtern. Es hat sich daher nicht überall auf den Weg der Matrikular-Umlagen beschränkt, sondern Verhandlungen zu dem Zweck eingeleitet, die preußische Regierung zu bestimmen, daß sie außer ihrer eigenen Quote zu den drei Millionen vorschußweise auch diejenigen sämmtlicher Zollvereins-Staaten zahle, um sich dafür aus den bei späteren Zollberechnungen sich ergebenden Ueberschüssen zu dekken. Die preußische Regierung ist bereitwillig auf diese Vorschläge eingegangen, und somit ist der größte Theil jener Summe (beinahe 2 Millionen Thaler) in einer die einzelnen Staaten nicht drückenden Weise beschafft. Vom Reichs-Justizministerium ist eine allgemeine Handelsgesetzgebung vorbereitet, so wie ein Gesetzentwurf, bezweckend die praktische Durchführung des bei der ersten Berathung der Grundrechte angenommenen Grundsatzes, daß alle von deutschen Gerichten erlassenen Urtheile in allen Einzelstaaten vollstreckbar sein sollen. Auch die endliche Einführung der schon längst in Leipzig berathenen Wechselordnung würde, ohne den Widerspruch des Ausschusses für Gesetzgebung, den die Nationalversammlung niedergesetzt, gefördert worden sein. Anlangend das Departement des Auswärtigen, so sind deutsche Gesandte in London, Paris, Brüssel, Haag, Kopenhagen, Stockholm, Bern, Turin empfangen, die entsprechenden Vertreter dieser Länder dagegen in Frankfurt beglaubigt. Die noch ausstehenden Missionen sind vorbereitet; zunächst werden Gesandte nach Nordamerika und Konstantinopel abgehen, so wie ein Generalkonsul in die Donaufürstenthümer. Die Limburger Angelegenheit und die italienische Verwickelung hat die Thätigkeit des Ministeriums in Anspruch genommen, und diese letztere Frage wird nicht entschieden werden ohne Mitwirkung der deutschen Centralgewalt, sobald überhaupt außer den kriegführenden Mächten noch andere Großstaaten Antheil daran nehmen.

Kassel, 29. Oktbr. [Krawall.] Zu Rinteln hatten am 24sten und 25sten einige Unordnungen in Folge von Unzufriedenheit der Militärpflichtigen statt, welche mehrere Meilen weit herbeigekommen waren, während früher die Rekrutirungs-Commission in jedes Amt kam. Als der Lärm zu arg ward, schritt die Bürgergarde ein und warf mit gefälltem Bajonnet die Tumultuanten gegen das Rathhaus, mehrere wurden verwundet, im Rathhaus die meisten Fenster eingeschlagen. Die Ruhe ist hergestellt. (K. A. Z.)

Oldenburg, 31. Oktbr. [Adresse für Wien.] Der „deutsche Volksverein" hier hat folgende Adresse an das Reichsministerium nach Frankfurt abgeschickt:

„An das Reichsministerium zu Frankfurt. Mit freudigem Zurufe begrüßten wir die Erhebung des deutschen Volkes im Lande Oesterreich, begrüßten seinen thatkräftigen Entschluß deutsch zu sein und deutsch zu bleiben. Denn wie man jene Erhebung sonst ansehen mag, uns ist das Banner der Wiener das Deutsche, das des kaiserlichen Heeres das eines slavisch-österreichischen Gesammtstaates. — Welche Stellung die Reichsgewalt bei dem Kampfe in Oesterreich einzunehmen hat, ist uns unzweifelhaft geworden, nachdem die deutsche Nationalversammlung im ersten Paragraphen der Verfassung die bisherigen österreichischen Bundesstaaten für deutsches Reichsland erklärt hat. Wer uns dies Reichsland entreißen will, der ist des Reiches Feind. Was ist es aber Anderes, wenn man jene Lande einem Gesammtstaate unterordnen will, welcher seinem größeren Theile nach aus außerdeutschen Ländern, dessen Bevölkerung zu mehr als zwei Drittheilen aus fremden Volksstämmen besteht? Deshalb hat der Nothruf der Deutschen in Oesterreich lauten Nachhall bis an die Nordsee gefunden; deshalb verlangen die Bewohner unseres Landes, daß ihren österreichischen Brüdern geholfen werde. — Der slavische Feind steht vor den Thoren der deutschen Hauptstadt, zum Untersuchen ist keine Zeit. Wozu die Untersuchung, wenn inzwischen die Vernichtung der deutsch gesinnten Oesterreicher eine vollendete Thatsache wird? wozu das Zerwürfniß des Kaisers mit seiner Hauptstadt und dem Reichstage untersuchen, wenn uns inzwischen das deutsche Land und mit ihm der Reichsgewalt das Recht der Entscheidung verloren geht? Vor allen Dingen ist das deutsche Recht in Oesterreich ohne Verzug zu wahren, und zu sorgen, daß die deutsche Sache nicht in der Bekämpfung der Anarchie gefährdet werde. — Darum beantragen wir, daß die Reichsgewalt alle fremden Truppen, welche Deutschland in Oesterreich angreifen, besonders die Kroaten, wenn nöthig mit Gewalt der Waffen vom deutschen Boden ausweise, und die Entscheidung des Streites zwischen dem Kaiser und seinen deutschen Völkern ausschließlich in die Hand nehme."

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Okt. Das Morgenblatt Flyveposten, das allerdings kein ministerielles Blatt, geschweige denn einen amtlichen oder halbamtlichen Charakter hat, bringt folgende Nachricht: „Kammerherr Reedtz und Reichskommissarius Stedtmann (soll heißen Stedmann) haben, der erste im Namen der dänischen, der andere im Namen der (deutschen) Centralmacht, einen Courier an die Interims-Regierung der Herzogthümer gesandt, mit dem Befehl, ihr Amt niederzulegen, in Folge der von ihnen erlassenen Proklamation. In einem von den beiden genannten Herren ausgestellten Dekret werden zugleich fünf der bestätigten Gesetze für nichtig erklärt, (nämlich das Staatsgrundgesetz und die Gesetze über die Wahlen zur National-Versammlung, die schleswig-holsteinische Flagge, das Reichsbankgeld und das Nationalzeichen). Inwiefern mit derselben Gelegenheit eine neue Regierung eingesetzt ist, wissen wir nicht anzugeben."

Man wollte gestern Abend wissen, daß der hier mit Reedtz angekommene Stedmann sich von hier nach Lauenburg begiebt, nachdem diese beiden Herren nach Konferenz mit Banks pr. Courier die neue Interims-Regierung aufgefordert, ihre Funktion wegen ihres so unerwarteten Auftretens niederzulegen. Mit darauf bezüglicher Mittheilung ist gestern das Dampfschiff „Lightning" vom hiesigen englischen Gesandten nach London abgefertigt worden, und dieser soll nach den letzten schlesw.-holst. Begebenheiten geäußert haben, „all seine bisherige Mühe sei vergebens, und er wisse jetzt weder aus noch ein." So sehr es nun wohl auch manchem Anderen hier so gehen mag, so fordert die bisherige ministerielle Partei von der Regierung doch nun kräftiges Einschreiten, die erlittene Schmach abzuwenden, und will das jetzige Ministerium sich halten, so muß es wohl versuchen, das Casino-Programm (welches die Minister ans Ruder brachte und den Aufstand der Herzogthümer hervorrief) aufrecht zu erhalten.

Oesterreich.

*** **Breslau, 3. November.** Es wird noch lange Zeit dauern, ehe die vielfach unterbrochene und mangelhafte, in der Stunde der Gefahr flüchtig entworfene Korrespondenz aus Wien ihre Ergänzung empfängt. Die chaotische Beschaffenheit sämmtlicher hergelangter Mittheilungen gestattet noch nicht die Abfassung eines Endurtheils. Die Wiener Post ist heut endlich rechtzeitig um 3½ Uhr eingetroffen und bringt uns zwar Wiener Zeitungen, aber noch keine Briefe. Die Wiener Zeitung reicht in ihrem Datum bis zum 28. Oktober, während die anderen neuesten Wiener Blätter nur bis zum 26. Oktober datiren. Was wir aus diesen Blattern Interessantes gefunden, haben wir unter der Rubrik „Nachträge" zusammengestellt. — Zuvor wenden wir uns aber zu den neueren blutigen Ereignissen, welche der traurigen Katastrophe vom 1. November vorangingen und theilen folgende Nachrichten mit, die uns von einem Augenzeugen zugekommen, der während des ganzen Kampfes Wien nicht verlassen hat und bei durchaus konservativer Richtung in seinem Zeugnisse für die Bevölkerung Wiens um so glaubwürdiger erscheint.

Der am vergangenen Sonnabend stattgefundene Kampf in der Jägerzeile bildet eigentlich den Hauptzusammenstoß der Parteien. Von beiden Seiten wurde hier mit wahrem Heldenmuthe gestritten. Seitens der Wiener Partei bewies vorzugsweise die akademische Legion, so wie die Mobilgarde eine glänzende Tapferkeit. Das Proletariat, aus welchem die Mobilgarde größtentheils bestand, verblieb während der ganzen Zeit in seiner ärmlichen Alltagstracht; nur die Bewaffnung und angeheftete Nummern gaben von ihrer kriegerischen Bestimmung Kunde. An Pulver und Blei war Ueberfluß. Tagelang sah man auf offener Straße die Gießkellen emsig arbeiten. Wo es galt, da war die akademische Legion und die Mobilgarde vorn. Die Theilnahme der Nationalgarde war eine mindere und nicht allgemeine. Die Zuzüge von außen her blieben gering und begaben sich zum Theil wieder fort. So verschwanden z. B. die 600 Nationalgarden aus Brünn, deren spätere Entwaffnung in Lundenburg die Haupt-Veranlassung zu den in Brünn späterhin ausgebrochenen Unruhen abgab. Dahingegen wuchs die Militärmacht um Wien von Tage zu Tage und soll sich in den letzten Tagen auf etwa 90,000 Mann belaufen haben. Freilich befand sich auch unter den kaiserlichen Truppen viel irreguläre Mannschaft. Namentlich zeichneten sich die Kroaten aus. Genau so, wie wir diese Leute hier zu sehen gewohnt sind, lange hagere Gestalten mit wirrem Haare, breitkrämpigem schwarzen Hut, grobleinenen Unterbeinkleidern und einem braunen, groben Filzmantel, so standen jene Horden vor Wien, nur daß sie statt der Mausefallen ein Gewehr und mitunter eine Kartousche bei sich führten. Auch Serezaner standen bei dem kaiserlichen Heere, in ihrer bekannten türkischen Tracht. Die weiten Pluderbeinkleider waren um das Fußgelenk zusammengeschnürt; um den Leib ging der breite Gürtel, in welchem ein Paar lange Pistolen und der grimmige Yatagan oder Handschaar steckten; den Kopf zierte der weithin leuchtende hochrothe Turban.

Wenn Wiens Besatzung den Prater in Besitz genommen und zeitig genug verschanzt hätte, so daß die Truppen nicht aus dem Dickicht desselben heraus und unter Benutzung des freien großen Raumes vor demselben den Hauptangriff gegen die Jägerzeil in der Leopoldstadt gemacht hätten, so hätte vielleicht die Einnahme der Stadt um lange Zeit verzögert werden mögen. So aber war es auf die Dauer allerdings nicht möglich, die Barrikaden der Jägerzeile zu halten. Am Eingange dieser Straße war ein redoutenähnlicher, sehr fester Bau angebracht, den die Belagerten trotz des heftigsten darauf gerichteten Geschützfeuers sechs volle Stunden lang vertheidigten. Auch dann noch würde es dem Militär nicht gelungen sein, den ihm entgegengestellten Widerstand zu überwinden, hätten nicht Sturmkolonnen von Grenadieren (hauptsächlich aus den Regimentern Schönhals und Nassau), begleitet von Sappeurs, in die rechts und links jener Redoute gelegenen Häuser, in welche die Artillerie zuvor Bresche geschossen, Eingang gefunden und von dort herab auf die Barrikaden-Vertheidiget Feuer gegeben. Mehr und mehr der stürmenden Mannschaften drangen nach und bahnten sich ihren Weg durch die Thüren nicht nur, sondern durch die Mauern der Häuser und waren so im Stande, von rechts und links her die Vertheidiger der Barrikaden anzugreifen und zurückzudrängen, bis endlich am rothen Thurmthore Halt gemacht wurde, damit man die Geschützbegrüßungen von der Bastei herab auf einem freien Platze nicht allzusehr ausgesetzt sei. Seitens der Belagerer war man nach eingetretener Dunkelheit allerdings bemüht, hier eine feste Stellung zu gewinnen, denn wenngleich der Angriff um die ganze Stadt gleichzeitig stattgefunden hatte, so war dennoch gerade hier derjenige Ort, wo man mit der meisten Energie vorzudringen die Absicht hatte. Die völlige Dunkelheit (von Gasbeleuchtung war natürlich schon lange keine Rede mehr) begünstigte das Unternehmen. Aus der Taborstraße, in welcher das kaiserl. Militär stand, schlüpfte ein Grenadier nach dem andern bis an das Ende der Straße und lief dann was er konnte quer über den Platz fort, bis er in Sicherheit hinter den unweit der Ferdinandsbrücke belegenen festen Baulichkeiten war. Die Belagerten merkten freilich, um was es sich handelte, und ein großes Wachtfeuer warf das verrätherische Licht auf den gegenüberliegenden Platz. So kam es denn auch, daß um den einzelnlaufenden Grenadier die Kugeln sausten, allein das Ziel war zu schwer zu treffen. Ein einziger trunkener Grenadier, der bei dem gefährlichen Gange von seinem gemäßigten Schritte nicht lassen wollte, war ein Opfer seines Gleichmuthes und wurde inmitten des Planes zusammengeschossen. Nachdem in dieser Weise eine ganze Grenadier-Compagnie ihr Asyl erreicht hatte, sollten Kroaten das gleiche Experiment vornehmen. Hier indeß bewies es sich, weß Geistes Kind diese Truppen waren. Trotz des Befehles der Offiziere, welche von kräftigen Säbelhieben unterstützt wurden, konnten nur fünf Mann dazu vermocht werden, die blutige Arena zu betreten."

Hätten die Wiener nicht den Feind mittelst Kähnen in stürmischer Nacht den Augarten besetzen und dadurch eine gefährliche Stellung gewinnen lassen, so konnten unbedingt die mächtigen Barrikaden in der Leopoldstadt erfolgreicher vertheidigt werden. Dann wäre auch die regellose, wilde Flucht der Vertheigungsmannschaften ins Innere der Stadt nicht nothwendig gewesen, da dann das befürchte Abschneiden des Rückzuges durch Umgehung aus der Taborstraße nicht thunlich gewesen sein würde.

Hinsichtlich der Stadt Wien hat, nach Versicherung unseres Berichterstatters, in Ansehung der Gebäude der Kampf, das Bombardement und das Feuer keineswegs die sehr übertrieben berichteten Folgen gehabt. Der Schaden an den Baulichkeiten steht in gar keinem Verhältniß zu seiner leicht möglich gewesenen Ausdehnung. Auch in Ansehung der Nordbahn sind die gegebenen Berichte nicht in vollem Umfange wahr. Die Bahn war auf ganz geringen Strecken kunstgemäß zerstört und ist bereits hergestellt. Die Gebäude des Hauptbahnhofes sind mit wenigen hundert Thalern wieder in ihren früheren Stand zu versetzen. Die große Eisenbahn-Donaubrücke ist unverletzt, nur bei der Brücke über den kleinen Donauarm sind einige der hölzernen Joche verbrannt. Binnen drei Wochen ist alles Verletzte in Ordnung gebracht, der gesammte Eisenbahnverkehr auf der Nordbahn für Briefe, Personen und Waaren also gesichert. — In Ansehung des Hab und Gutes ist Seitens der Arbeiter nur eine sehr geringe Verletzung des Eigenthums in seltenen Fällen erfolgt. Man hat die Contravenienten sofort und zwar zum Theil, wie es heißt, mit dem Tode bestraft. Dagegen haben die Kroaten nicht nur in sehr weitem Umfange geplündert, sondern es hat unser Referent auch Grenadiere gesehen, welche mit Uhren, Frauenschmuck ꝛc. reichlich versehen waren. — Was endlich Wiens Verlust an Menschen betrifft, so läßt sich selbst annähernd bis jetzt nichts Bestimmtes sagen. Man hat von 1500 gesprochen, allein dies dürfte sehr übertrieben sein. Sehr große Verluste an Menschenleben hat dagegen die Armee, nach eigenem Ausspruche vieler Offiziere, erlitten, denen freilich die Mittheilung von Zahlen untersagt ist. Großen Schaden hat die beinahe drei Wochen andauernde Plänkelei zugefügt, indem hierbei die Arbeiter mit größter Tollkühnheit Ausfälle machten und auf den an Zahl weit überlegenen Feind nicht ohne Erfolg schossen. — Man scheint übrigens in den höheren Regionen gar schlecht unterrichtet zu sein; so z. B. verfolgte man mit Unrecht Dr. Schütte, der (ein eifriger Mitarbeiter des durchaus konservativen Lloyd) der Bewegung fern steht. Der nach Ungarn, wie es heißt, mit vielem Gelde entflohene Dr. Tausenau wird ebenfalls mit Unrecht verfolgt, denn er gilt in seiner Partei als Verräther. Robert Blum dagegen ist noch in der letzten Zeit, bei Bildung eines Elitenkorps, mit Stürmer und Stutzer gesehen worden. Er hat also Wien nicht verlassen und sein Wort gehalten. Ob Windischgrätz seinen Proklamationen jetzt Erfolg schaffen und ein Gericht als Würgengel halten werde, das muß man abwarten, es ist nicht vorauszubestimmen. Die Offiziere erwarten eine allgemeine Füsilade gegen Alle, welche der Proklamation entgegen die Waffen führten, andere Personen dagegen, welche Windischgrätz genauer kennen, versichern, daß er zwar ein Haudegen und unbeugsamer Soldat, dennoch aber unfähig sei, seinen Drohungen die blutige Geltung zu geben."

* Außerdem erhalten wir aus Olmütz folgende telegraphische Depesche zugesendet:

Telegraphische Depesche
vom Feldmarschall Fürsten Windisch-Grätz um 5 Uhr 50 Minuten Abends am 1. November 1848.

Heute Nachts ist das äußere Burgthor eingeschossen, bei selbem mit unseren Truppen eingedrungen, und die k. k. Burg durch das Landwehr-Batallen Kaiser besetzt worden.

Die Truppen kamen ungehindert bis auf den Graben und Stefansplatz.

Etwa 1000 Studenten und Polen sollen sich in die Aula gezogen und entschlossen haben, sich auf das Aeußerste zu vertheidigen.

Ich lasse sie daselbst mit aller Waffengewalt angreifen. Das Dach der Hofbibliothek ist von den Proletariern in Brand gesteckt, alles Uebrige der Burg aber durch den Einmarsch der Truppen gerettet worden.

Olmütz, am 1. November 1848.

Lazanzky,
k. k. m. schles. Gub.-Vice-Präsident.

* Reisende, welche mit dem eben angelangten Wiener Postzuge angekommen sind, berichten, daß sich Windischgrätz bei der Einnahme Wiens mit tyrannischer Strenge benommen habe. Er soll hinter seinen eigenen Truppen, um deren Zurückweichen zu hindern, Geschütze mit Kartätschen geladen, haben auffahren lassen. Ja diese Reisenden wollen auch erfahren haben, daß er diese Geschütze auch wirklich habe abfeuern lassen, so daß dadurch eine Menge Soldaten darniedergeschmettert worden seien. (Wir theilen diesen grausenhaften Bericht mit, ohne daß wir nur irgend denselben als glaubwürdig verbürgen wollen.) Windischgrätz und Jellachich sollen die kaiserliche Burg bezogen haben. Vier junge Männer sollen auf Esteren geschossen, ihn aber gefehlt haben, sie sind ergriffen worden. Ein großer Theil der Nationalgarde weigert sich noch hartnäckig, die Waffen abzuliefern.

**** Olmütz, 2. Novbr. [Die böhmischen Deputationen.]** Die Antwort, welche Se. Majestät bei der Audienz am **31.** Oktober um halb **1** Uhr Mittags der böhmischen Deputation ertheilte, lautet:

„Der zur Leitung der militärischen Maßregeln gegen Wien beauftragte Kommandirende hat nichts versäumt, um die Anwendung trauriger Zwangsmittel zu vermeiden. — Erst nach wiederholtem Zögern wurde zum Aeußersten geschritten, und ich hoffe, daß der ausnahmsweise Zustand, in welchen Wien getreten, vorübergehen und die Besorgnisse, welche von der Prager Bevölkerung ausgehen, bald völlig beseitigt werden. — Ich fühle Mich nicht in der Lage, jetzt schon darüber einen bestimmten Ausspruch zu thun."

Darüber sandte die Deputation, welche sich durch diese Antwort keineswegs befriedigt erklärt, folgende telegraphische Depesche an's böhmische Landespräsidium:

„Die Prager Deputation wurde am **31.** Oktbr. **1848** um halb **1** Uhr Mittags bei Sr. Majestät zur Audienz zugelassen, und hat sich in Folge derselben bestimmt gefunden, zur Erzielung einer bestimmteren Antwort die weiteren Schritte einzuleiten."

Die böhmische Deputation verfaßte demzufolge die Adresse:

Ew. k. k. Majestät! Die Sendung, mit welcher wir heute vor Ew. k. k. Majestät erschienen, war eine außerordentlich wichtige. Mit Betrübniß vernehmen wir die Erklärung, daß Ew. k. k. Majestät sich nicht in der Lage fühlen, über unsere Bitte jetzt schon einen bestimmten Ausspruch zu thun. — Eine solche Erklärung wird die Besorgnisse unserer Committenten nicht beheben, sondern vermehren. — Es kann nicht der Wille Ew. k. k. Majestät sein, die Deputirten der treuen böhmischen Nation in einer das Gesammtwohl der Monarchie berührenden Angelegenheit ohne eine beruhigende Antwort zu entlassen. — Wenn gleich der gegenwärtige Zustand Wiens ungewiß ist, so glauben wir doch, daß dieses Ew. k. k. Majestät nicht hindern wird, über unsere Petition mit Bezeichnung auf die möglichen Fälle eine bestimmte Erledigung zu geben. — Wir bitten demnach Ew. k. k. Majestät, geruhen zu verfügen, daß, falls die Unterwerfung Wiens noch nicht erfolgt ist, ohne Verzug Männer des allseitigen Vertrauens der Militärautorität als Friedensvermittler an die Seite gestellt werden, von deren Einverständniß die Anwendung weiterer militärischer Zwangsmaßregeln abhängen soll; und daß im Falle der militärischen Besatzung mit Vermeidung jedes ausnahmweisen Zustandes Wiens, die Civilautoritäten ungesäumt wieder in die volle gesetzliche Wirksamkeit treten. — Geruhen Ew. k. k. Majestät uns zur Beruhigung unseres Vaterlandes die bestimmte Zusicherung zu ertheilen. Olmütz, **31.** Oktober **1848.**

Ferner hatte die böhmische Deputation nachfolgende Zusatz-Adresse an den Kaiser gelangen lassen:

Ew. k. k. Majestät! Seit der Abfertigung unserer ersten Adresse ist das Schicksal Wiens entschieden worden; nichts desto weniger beharren wir bei unserer dort allgemein gestellten Bitte, die wir gegenwärtig dahin näher aussprechen, daß nur durch Civilautoritäten der gesetzliche Zustand der Dinge in Wien wieder in's Leben trete, und den Militärautoritäten nur die militärischen Maßregeln, so wie die Unterstützung der Civilbehörden zugewiesen werde. — Prag's Einwohner haben gefühlt, was es heiße, wenn die Militär- mit der Civilautorität in einer Person vereinigt ist, sie kennen aus Erfahrung, die schrecklichen und traurigen Folgen eines Belagerungszustandes für die Stadt und das ganze Land, sie kennen die ganze Prozedur einer kriegsrechtlichen Kommission, das hiermit verbundene Denunciantenwesen und die damit verknüpfte Beeinträchtigung der von Euer k. k. Majestät allergnädigst garantirten constitutionellen Freiheiten. Einen solchen ausnahmsweisen Zustand über die Schwesterstadt Wien hereinbrechen zu lassen, wäre ein zu hartes Schicksal für die Hunderttausende der loyalen Einwohner derselben. — Müssen wir schon aus menschlichem Mitgefühl für Wien gegen einen solchen ausnahmsweisen Zustand protestiren, so müssen wir dies um so mehr, nachdem an Wien in so vielen Rücksichten die anderen Länder Oesterreich's geknüpft sind und eine Verletzung der konstitutionellen Rechte von der schädlichsten Rückwirkung für den Gesammtstaat wäre. — Ueberzeugt, daß, so wie ganz Böhmen auch andere Länder Oesterreich's gleiches Mitgefühl für Wien hegen und dieselbe Besorgniß theilen: erlauben wir uns in Ehrfurcht, Euer k. k. Majestät angeborne Güte darauf hinzuleiten, daß mit der Kapitulation Wiens der Zweck der außerordentlichen militärischen Zwangsmaßregeln erreicht sei und die Fortdauer des ausnahmsweisen Zustandes gerade nur Schuldlose treffen würde. — Euer k. k. Majestät haben zur Zeit, wo die Anwendung von Strenge weit nothwendiger schien, Milde für Wien zugesichert; die böhmischen Deputirten waren kürzlich erst so glücklich, diese Zusicherung für die Schwesterstadt aus dem Munde Sr. k. k. Majestät zu erhalten, und jetzt, wo es Euer Majestät nach der Lage der Dinge möglich ist, unbeschränkt dem Zuge Ihres edlen Herzens zu folgen, beharren wir um so fester bei unserer Bitte, deren Erfüllung ganz Böhmen mit Zuversicht erwartet. — Olmütz, den **31.** Okt. **1848.** — (Folgen die Unterschriften.)

Die gewerbreiche Stadt Reichenberg fühlte sich durch die Gewaltmaßregeln des Fürsten Windisch-Grätz gegen Wien in dem innersten Leben ihrer Industrie und ihres Handels bedroht. Aus diesem Anlasse ward in der vom deutschen Central-Verein ausgeschriebenen Versammlung beschlossen, eine in diesem Sinne abgefaßte Adresse an den Kaiser zu senden. — Diese mit **4000** Unterschriften versehene Petition wurde auch bereits Sr. Majestät durch die Reichenberger Deputation überreicht, und derselben folgende Antwort ertheilt: „Ich werde die von Ihnen Mir überreichte Vorstellung mit aller Sorgfalt und Theilnahme in Erwägung ziehen, — und hoffe bald in der Lage zu sein, auf geeignetem Wege die geäußerten Besorgnisse wirksam und vollständig zu beseitigen."

Nachträge.

Die Wiener Zeitungen, welche in einer der wichtigsten Epoche der neueren Geschichte erschienen, sind merkwürdig durch ihre Inhaltlosigkeit. Wir finden in dem einen Blatte (vom **26.** Oktober) folgende, einen ganzen Bogen füllende Auffätze: „Studien über die nordamerikanische Verfassung"; „Ueber Religionsverschiedenheit"; „Theater-Revue". — Einige Nachrichten über die großen Ereignisse des Tages in der Allgem. Oesterr. Ztg. sind unsern Lesern durch die Privatnachrichten bereits weit vollständiger bekannt geworden. Somit bleiben uns für eine Nachlese nur folgende Mittheilungen:

1) Adresse des Reichstags an den Kaiser:

Euere Majestät!

Der konstituirende Reichstag hat Euerer Majestät niemals sprechendere Beweise von seiner unerschütterlichen Treue für die Freiheit, für das Wohl des Gesammtvaterlandes und für den konstitutionellen Thron zu geben vermocht, als er sie in der aufopfernden Thätigkeit der letzten Tage darlegte, wo er, verlassen von Euerer Majestät und den Trägern der Exekutiv-Gewalt, allein durch das Gewicht seiner Autorität den hereindrohenden Gefahren der Anarchie und des Zerfalls der Monarchie entgegen trat.

Mitten in diesen friedensvermittelnden Bestrebungen, deren vollkommene Anerkennung der Reichstag sowohl von Euerer Majestät als von den Völkern durch Stimmen aus allen Theilen der Monarchie erhalten hat, trifft den Reichstag der **Erlaß Euerer Majestät vom 22. Oktober l. J., in welchem Sie die versammelten Volksvertreter auffordern, alsobald ihre Sitzungen in Wien zu unterbrechen und sich zur Fortsetzung des Verfassungswerkes am 15. November in der Stadt Kremsier einzufinden.**

Gegen diese Vertagung des Reichstages, beziehungsweise dessen Berufung an einen andern Ort, findet sich der Reichstag, im Bewußtsein der ihm gegen die Völker und gegen den Thron gleichmäßig obliegenden Pflichten gedrungen, Euerer Majestät die nachfolgenden inhaltschweren Vorstellungen mit dem dringenden Anliegen zu unterbreiten, die erwähnte Verfügung zurücknehmen zu wollen, um so mehr, als diese Verfügung mit dem kaiserlichen Worte vom 19ten Oktober, worin dem Reichstage die ungestörte und ununterbrochene Fortsetzung seiner Berathungen garantirt wurde, im offenen Widerspruche steht.

Der Reichstag hat es bereits durch wiederholte Beschlüsse in der Adresse an Euere Majestät vom 18ten und in dem Manifeste an die „Völker Oesterreichs!" vom 20sten Oktober ausgesprochen, daß Wien der einzig mögliche Sitz eines Reichstages sei, welcher der Gleichberechtigung so verschiedener Völker entsprechen soll, und daß der Reichstag seine Verlegung an einen andern Ort für keine Gewährschaft der ferneren Freiheit in der Berathung, sondern nur als eine Anmuthung betrachten könne, als habe er seine hohe Stellung, seine heilige Pflicht jemals durch Einflüsse von außenher außer Acht gelassen, oder als sei er fähig, dies in Zukunft zu thun.

Was dem Reichstage einerseits die Wahrung seiner Ehre auferlegt, dazu sieht er sich auch durch seine hohe Mission verpflichtet, Euerer Majestät ungescheut seine Ueberzeugung mit den offensten Worten zu erklären, daß keine Maßregel unheilvoller für die Zukunft Oesterreichs, gefahrdrohender für den Fortbestand der Gesammt-Monarchie und für die Aufrechthaltung der Krone selbst sein könne, als die Verlegung des konstituirenden Reichstages nach einem a n d e r n Orte.

Schwächung des Verbandes der Provinzen, nationale Eifersucht und Ueberhebung, ja Bürgerkrieg! würden die unausbleiblichen Folgen sein.

Wien allein, der durch Jahrhunderte ehrwürdig gewordene Sitz des Monarchen, der gastliche Aufnahmsort aller Nationalitäten, bietet sich als der neutrale Boden dar, auf welchem die friedliche Einigung sämmtlicher Völker Oestreichs, die Constituirung des Vaterlandes, im Sinne der Gleichberechtigung zu einem dauernden Zukunftsbau vollendet werden kann, und in d i e s e m Sinne haben die Volksvertreter ihr Mandat, das sie zur constituirenden Reichsversammlung nach Wien und n u r nach Wien berief, übernommen. Aber auch Wien selbst, woher den Völkern Oestreichs die Freiheit gekommen, Wien, dessen Aufopferungen für die Rechte der Völker im Laufe von sieben Monaten unermeßlich waren, — Wien selbst hat in seiner Stellung allen andern Städten der Monarchie gegenüber, die vorzüglichsten Anrechte, bei der Neugestaltung des österreichischen Kaiserstaates bedacht zu werden. Eine Verlegung aber des Reichstages aus dem Centralpunkte der Verwaltung und dem Sitze der Ministerien, würde nicht nur dem Reichstage die zu seinem Verfassungswerke nothwendige unmittelbare Berührung mit den Central-Behörden und die Benützung der reichen wissenschaftlichen Hilfsmittel Wiens entziehen, sondern auch Wien selbst durch die Schmälerung seines Verkehrs und öffentlichen Lebens vielfachen Bedrängnissen Preis geben, die unmöglich in dem Willen Eurer Majestät gelegen sein können! Wien, von dessen treuen Kämpfen für das Haus Habsburg die Geschichte aller Jahrhunderte erzählt! —

Eure Majestät! In dem allerhöchsten Erlasse vom 22. Oktober steht abermals der Ausspruch voran, daß in der Hauptstadt der Monarchie ein anarchischer Zustand, ja offene Empörung herrsche.

Die Vertreter aller Völker Oesterreichs, die bis zu dieser Stunde in dieser Hauptstadt tagen, halten es für ihre nicht zu umgehende Pflicht, wie es schon vordem wiederholt gethan, Euerer Majestät noch einmal im Angesichte von ganz Europa und mit dem heiligen Ernste unverbrüchlicher Wahrheitsliebe die Versicherung zu geben, daß g e g e n w ä r t i g weder Anarchie noch Empörung in den Mauern Wiens herrscht. Die Gefahr eines solchen Zustandes könnte nur eintreten, wenn die treue und loyale Bevölkerung, aus deren Mitte sich die Mehrzahl der für den geregelten Zustand der öffentlichen Verwaltung verantwortlichen Beamten pflichtvergessen entfernt haben, wenn diese Bevölkerung durch Vertagung des Reichstages den letzten Haltpunkt verlöre; an den sie die Hoffnung einer friedlichen Vermittelung knüpft — wenn sie andererseits durch das Herandringen unerbittlicher Gewaltmaßregeln zu einem Verzweiflungskampfe getrieben würde, der in jedem Falle nur verderbenbringend für Oesterreich endigen kann.

Aus diesen Gründen erkennt der Reichstag für ein Gebot seines Gewissens und der Nothwendigkeit an, in diesen Tagen der allerhöchsten Gefahr seine Stelle nicht zu verlassen, sondern seiner Pflicht gegen die Völker und gegen Euere Majestät getreu, ausdauern in dem Vermittelungswerke, das er zur Lösung der unheilvollen Wirren begonnen hat, in welche Oesterreich gestürzt worden ist.

Die Zustimmung Euerer Majestät zu diesem Beschlusse muß der Reichstag in der Antwort ersehen, die Euere Majestät auf seine Adresse vom **13.** Oktober zu ertheilen geruhten, und in welcher Sie alle Maßregeln des Reichstages zur Hintanhaltung der Anarchie durch Ihre vollkommene Anerkennung gutgeheißen haben.

Schließlich kann der Reichstag nicht umhin, Euerer Majestät die Erfüllung der mit dem allerhöchsten Handbillette vom 6. Oktober l. J. ertheilten Zusicherung nochmals dringendst an's Herz zu legen, denn nur durch die schleunige Berufung eines Euerer Majestät, wie dem Volke gleich ergebenen Ministeriums, kann jener unheilschwangere Zustand einem glücklichen Ende zugeführt werden, der bereits jetzt in den Provinzen die gefährlichste Aufregung erzeugt hat.

Wien, den 25. Oktober 1848.

Für den constituirenden Reichstag.

Der Vorstand:

F r a n z S m o l k a m. p.
Präsident.

C a r l W i s e r m. p.
Schriftführer.

G l e i s p a c h m. p.
Schriftführer.

2) Proklamation des Oberkommandanten:

Der hohe Reichstag hat die Proklamation des Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz, als selbst die Menschenrechte in Gefahr setzend erklärt. Millionen Herzen werden dieses Urtheil nachsprechen.

Mitbürger! Nie hat ein übermüthiger Brennus sich in so schauerlicher Hoffarth als Feind des ganzen Menschengeschlechtes erklärt. Nie sind die gerechten Wünsche und Ansprüche eines mündigen Volkes erbarmungsloser in den Staub getreten worden. Das sanfteste Gemüth, der sorgloseste Träumer, der armseligste Gedankenmensch muß über eine solche Sprache mit brennendem Zorn und unauslöschlicher Entrüstung erfüllt sein. Mitbürger! Auch ich erkenne in der Sprache des Fürsten Windischgrätz als einzelnes Individuum einen Verrath, eine Sünde gegen die Natur. Was müssen meine Empfindungen als derjenige sein, der von dem hohen Reichstage mit dem Auftrage betraut worden, unsere herrliche Stadt, zur Zeit die merkwürdigste des ganzes Erdkreises, gegen einen solchen Feind in Vertheidigungszustand zu setzen? Mitbürger! Urtheilt.

In Anbetracht dieser entsetzlichen Proklamation des Fürsten, in Anbetracht dieser männlichen Erklärung unseres erleuchtetsten Reichstages, in Anbetracht meines Mandates, in Anbetracht was Menschenwürde, Soldatenehre, was Pflicht, Menschlichkeit, Gewissen und Vaterlandsliebe mir an die Hand geben, verordne ich, wie folgt:

Die Stadt Wien wird von heute Abend 9 Uhr als im Belagerungs-Zustand befindlich erklärt.

Alle Garden haben um dieselbe Stunde ohne Trommelschlag an ihren Sammelplätzen in Waffen zu stehen.

Ein Fünftel aller Mannschaft des Bezirks hat die Vorposten zu beziehen, ein z w e i t e s Fünftel steht auf Unterstützung, der Rest begiebt sich, so lange kein Allarm geschlagen wird, zur Ruhe.

Dadurch werden die Kräfte der Wehrmänner nicht vor der Zeit verschwendet werden.

Die Zahl sämmtlicher ausrückender Mannschaft ist dem Feld-Adjutanten Fenneberg alsogleich zuzuschicken.

Um die Vertheidigung besser zu leiten und zu übersehen, finde ich zu bestimmen, wie folgt:

Die Vorstädte werden in acht Rayons eingetheilt und ohne in der bisherigen Einrichtung nach Bezirken eine Aenderung zu treffen, unter die Befehle eines obersten Vertheidigungs-Leiters gestellt. Solche müssen Männer meines unbedingten Vertrauens und erprobter Energie sein. Es kann unter der Wehrmannschaft Wiens noch viele ebenso Würdige geben, als die ich auswähle. Allein ich hatte noch keine Gelegenheit ihre Kenntnisse, ihre Willenskraft, ihre Gesinnungs-Tüchtigkeit zu erproben.

Die obersten Vertheidigungs-Leiter in den Rayons sind die nachstehenden:

Legions-Kommandant für die Brigittenau, Leopoldstädter Kavalerie-Kaserne, Augarten, Nordbahnhof.

Korps-Kommandant W u t s c h e l für Leopoldstadt, Prater und Jägerzeil.

Korps-Kommandant W i t t e n b e r g e r, Landstraße vom Donau-Arm bis zur St. Marxer Linie.

Korps-Kommandant B u r i a n, Wieden von der St. Marxer Linie bis zur Favoriten-Linie.

Bataillons-Chef M o s e r, von der Favoriten-Linie bis zur Gumpendorfer Linie.

Bezirks-Chef B r a u n, von der Gumpendorfer Linie bis zur Lerchenfelder Linie.

Bezirks-Chef N ö s s e l, von der Lerchenfelder Linie bis zur Währinger Linie.

Hauptmann B a u e r der akademischen Legion, von der Währinger Linie bis zum Donau-Arm.

Die augenblickliche Organisation einer Militär-Polizei in der innern Stadt ist dem Feld-Adjutanten Fenneberg übertragen, und demselben der Hauptmann-Auditor Hammerschmidt beigegeben.

Diese Herren Vertheidigungs-Leiter haben sich sogleich dem Herrn General-Lieutenant Bem vorzustellen und seine Weisungen entgegen zu nehmen.

Die akademische Legion erhält den Auftrag, jedem derselben einen Adjutanten beizugeben.

Die Gemeinden haben sogleich für das Hauptquartier der Vertheidigungs-Leiter mit ihrem Bureau Sorge zu tragen.

Der Herr Generallieutenant Bem dirigirt die Vertheidigung nach Außen im Großen. Mit ihm allein verkehren die Vertheidigungs-Leiter; der Herr General-Lieutenant mit dem Hauptquartiere des Oberkommandanten.

Alle Mobilen unterstehen, wie früher, der Organisation und Leitung des Herrn Generallieutenants. Er ist von heute ermächtigt, Waffen, Mäntel, Schuhe in Aerarial-Depots gegen Abgabe von Quittungen zu requiriren und zur Ausrüstung der Mobilen mit aller Energie zu verwenden.

Zu jeder Kompagnie der Mobilen hat die akademische Legion einen Offizier beizustellen.

Zu je zwei Geschützen hat das Korps der Techniker ein entschlossenes Individuum auszuwählen, welches als Ersatzmann des kommandirenden Offiziers zu gelten hat.

Bei jedem Bataillon sind 24 Arbeiter anzuwerben, und mit Schaufeln und Aexten zu versehen.

Die Verpflegung findet für die gesammte Garde ohne Ausnahme von morgen den 26. Oktober an aus meiner Operationskasse statt.

Das Hauptquartier des Oberkommandanten wird von heute Abend wieder in die Stallburg zurückverlegt.

Herr Generallieutenant Bem behält nach wie vor sein Hauptquartier im Belvedere.

Die Verhaltungen im Falle eines Angriffs werden im Laufe des Tages öffentlich bekannt gemacht werden. Sie

dürfen und sollen Niemand aus der Bevölkerung unbekannt bleiben.

Mitbürger! Es ist ein großer gemeinsamer, heiliger Kampf, zu dem wir rüsten.

Laßt Euch durch die vermeinte Stärke unseres übermüthigen Feindes nicht in Bangen versetzen.

In den Manern unserer Hauptstadt ersteht auf das erste Allarmzeichen ein Heer, doppelt so stark als das seine.

Es ist nicht glaublich, daß das Heer von gleicher Wuth gegen unsere Errungenschaften und Freiheiten beseelt sei, als sein verblendeter Führer.

Es sind den Soldaten irrige Vorstellungen über unsere Absichten beigebracht worden. Sie müssen darüber enttäuscht werden.

Mitbürger! Mit Eurem Vertrauen ausgerüstet, der glühendsten Freiheitsliebe der Bevölkerung, des Gehorsams, der Unterwerfung unter den Oberbefehl Seitens aller Garden, und namentlich aller Herren Offiziere versichert, blicke ich heiteren Auges auf die Entscheidung der nächsten Tage. Mitbürger! wir werden siegen, wir werden glorreich unsere Errungenschaften behaupten. Was vermag der künstlich aufgestachelte und genährte Haß einer Brüderarmee gegen das unüberwindliche Freiheitsgefühl unserer Brust? Mitbürger, unser Belagerungszustand wird ein kurzer sein und ich hoffe noch immer, daß ein unblutiger Lorbeer unsere männlichen Stirnen schmücken wird. Ich hoffe es, weil ihr mit solcher Einheit, mit solcher Entschiedenheit rüstet.

Gott und das heilige Recht mit uns!

Das Nähere meiner Bestimmungen rücksichtlich des morgen eintretenden Belagerungszustandes folgt nach.

Wien, am 25. Oktober 1848.

Messenhauser,
provis. Ober-Kommandant.

3) Eine Unterredung des Abgeordneten (früheren Minister-Präsidenten) Pillersdorf mit Windischgrätz. Der Inhalt derselben wurde in der Reichstags-Sitzung vom 25. Oktbr. wie folgt mitgetheilt:

Schuselka. Im Ausschusse wurde gestern der Antrag gestellt, eine mündliche Unterredung mit dem Fürsten vorzunehmen, weil vielleicht dadurch etwas Gutes bewirkt werden könnte. Es sollte also eine confidentielle Unterredung stattfinden, um ihm die wahre Sachlage vorzustellen und sein Menschengefühl zu wecken. Der Abg. Pillersdorf hat sich dazu bereit gezeigt, er ist ohne Vollmacht zum Für- sten Windischgrätz ins Lager gegangen.

Pillersdorf. Ich war nicht mit Unterhandlung beauftragt, sondern es war blos eine Unterredung. Ich habe mich vorgestellt als einen Mann, der aus eigenem Antriebe das Geschäft unternommen hat. Meine Aufgabe war, die Sachlage darzustellen und einen Weg der Verständigung anzubahnen. Der Fürst glaubte, es herrsche hier keine Ordnung, kein Gesetz. Ich widerlegte dies und sagte, daß die Ordnungsliebe bewunderungswürdig hier bestehe so wie die Treue für die Dynastie, daß man gegen die Mörder Latours empört sei, und daß man nie gegen das Militär feindlich gesinnt war, daß man bloß wegen der Selbstvertheidigung die feste Stellung angenommen hat. Ich wies auf das Manifest vom 19. hin, wo der Kaiser die Handlungsweise des Reichtages billige. Der Fürst wendet mir manches ein. So: daß feindliche Akte gegen die Garnison geschehen sind. Ich sagte, daß gerade seine Maßregeln eine Störung der Ruhe und Ordnung bewirken könnten. Ich zeigte ihm die Verantwortlichkeit, die für ihn daraus entspringen würde. Der Fürst sagte, daß der Belagerungszustand nur ein vorübergehender sein werde und daß er Bürgschaft für die Sicherheit verlange. Ich meinte, daß die Garantien dafür schon in seiner Hand lägen, wenn er in der Stadt wäre.

Die Proclamation des Fürsten, sagte ich, sei die Aufhebung aller Errungenschaften, die die Völker nie mehr geneigt sein könnten aufzugeben. Der Fürst bemerkte, daß der Reichstag keine Executiv-Behörde sei, und daß er sich deßwegen auch nicht an den Reichstag gewendet habe. Ich sagte, daß der Reichstag sich bemühte, die Executiv-Gewalt zu schützen, im Augenblicke, wo sie gebrochen ist. Denn seit drei Wochen in der Reichstag das einzige Organ, auf welches sich alle Provinzen stützen. Darum liegt es dem Reichstag ob, alle Gefahren von Wien abzuwenden, denn wenn hier das k. Wort nicht geachtet wird, dann ist Bürgerkrieg die Folge. Ich lud nochmals die ganze Verantwortlichkeit auf ihn und forderte ihn auf, nicht derlei Maßregeln in Anwendung zu bringen. Wie immer die Würfel fallen mögen, kann immer nur eine große Kluft entstehen.

Der Fürst erklärte, daß er geneigt wäre, mit einer Commission des Reichstages zu unterhandeln, ich glaube selbst, daß er es sogar wünsche. Ich habe die Sperre der Communication berührt und die alltäglichen blutigen Conflikte besprochen. Der Fürst erklärte, daß die Feindseligkeiten von der andern Seite ausgegangen sind, und er mußte Repressalien nehmen. Was die Zufuhr der Lebensmittel betrifft, so erklärte er, daß das eine nothwendige Folge des Belagerungszustandes sei, und daß es sein Abkommen haben werde, wenn fruchtbringende Unterhandlungen werden Statt gefunden haben.

(Ueber die ferneren, leider fruchtlosen Friedensverhandlungen, namentlich durch den Minister Kraus, enthalten die Wiener Blätter noch keine Berichte.)

Italien.

In Chiavenna ist wieder Alles in vollem Aufstande. Die österreichischen Truppen haben sich zurück nach Mailand gezogen. Die Wappen sind auf öffentlichem Platz den Feuerflammen übergeben worden 2c. Die Briefe von Mailand kommen jetzt über Chiasso durch den Kanton Tessin, auch der Waarentransport geht nicht mehr auf dem gewöhnlichen Wege.

(Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 30. Oktober. [National-Versammlung. Sitzung vom 30. Oktober.] Anfang 1 Uhr. Pagnerre präsidirt. Die Versammlung geht zum Gegenstand der Tages-Ordnung, zu dem rektifizirten Budget für das heillose Jahr 1848 über. Trouvé-Chauvel, der neue Finanz-Minister, hält seine erste Rede. Er bittet die Versammlung, ihm sowohl in Gegenwart oder Zukunft Nachsicht zu schenken. Plötzlich berufen, ein so wichtiges Amt zu erfüllen, habe er sich aufgeopfert und sich den Männern beigesellt, die er schon seit lange kenne. (Beifall zur Rechten, Lächeln auf einigen Bänken der äußersten Linken.) Im Verlaufe seiner Rede erklärt der Minister, daß den Inhabern der Schatzscheine und der ehemaligen Sparkassenbüchelchen eine angemessene Entschädigung nachgezahlt werden solle. (Starker Beifall zur Rechten.) Nach dieser Erklärung geht er in eine Beleuchtung der finanziellen Lage Frankreichs vor und nach dem 24. Februar ein und schließt mit der Versicherung, daß keine Gefahr vorhanden, wenn das Vertrauen und mit ihm die Arbeit wiederkehre. Hierauf verliest er sogleich den Text der beiden Gesetz-Entwürfe zum Besten der Schatzscheine und Sparkassenbüchelchen. Die allgemeine Diskussion wird für eröffnet erklärt. Portalis schlägt ein neues Steuersystem, z. B. eine sogenannte Liebes- oder freiwillige Steuer, Einkommensteuern, Erbschaftssteuern, Konsumtionssteuern und eine Menge andere Dinge vor, welche der Versammlung viel zu lachen geben. Die von ihm vorgeschlagene Liebessteuer soll unter Anderem den Tabak und die Ehelosigkeit treffen. Den Schluß seiner Rede machten Klagen über die Büreaukratie. Er wollte die Zahl der Minister auf 5 herabgesetzt und die Gesandtenstellen ganz abgeschafft sehen. Die Versammlung wurde ungeduldig, und der Redner verließ die Tribüne. Nachdem dann noch Goudchaux darzuthun gesucht hatte, daß nach seinem Plan das künftige Budget sich auf nur 1500 Millionen stellen würde, und nachdem die Einkommensteuer durch A. Fould bekämpft worden war, vertagte sich die Versammlung um 6 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

** Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 3. Novbr. [Promenade.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde das Gutachten einer Kommission vorgelegt, nach welchem der Vortrag der Section der vaterländischen Gesellschaft für Obst- und Gartenkultur, die Erhaltung der Promenade gegen Empfang der für die Promenade ausgesetzten Etatsumme zu übernehmen, in so fern angenommen wurde, als eine eigene Kommission, bestehend aus einem Magistratsmitgliede, mehreren Stadtverordneten, dem Präsidenten und Sekretär und einigen andern Mitgliedern der Section, gebildet wird. Diese Kommission, in welcher durch den Beitritt der Mitglieder der städtischen Behörden die Interessen und Rechte der Kommune zugleich wahrgenommen werden, wird die Anlagen der Promenade übernehmen und voraussichtlich mancherlei Verbesserung vornehmen. Die Stadtverordneten haben den Magistrat, indem sie dem Gutachten beitraten, mit Entwerfung eines Kontraktes beauftragt, in welchem die einzelnen Punkte festgesetzt werden sollen. Der Kontrakt wird, wie beantragt, auf 10 Jahre festgesetzt und die Stadtverordneten werden, wenn nicht anderweitig noch bestimmt wird, die Summe von 2500 Rthlr. jährlich der Kommission überweisen.

(Materni-Kapelle.) Der Abbruch dieser baufälligen, auf dem Elisabet-Kirchhof stehenden und den Platz sehr verengenden Kapelle, wird nächstens erfolgen. Der Minister des Innern hat zwar die Genehmigung zum Abbruch nicht verweigert, aber darauf aufmerksam gemacht, daß dies Gemäuer geschichtlichen Werth habe und aus dem 14. Jahrhundert stamme, daß es allerdings wohl wünschenswerth sei, daß dies mittelalterliche Gemäuer reparirt werde, aber von Seiten des Staats auf Erhaltung desselben keine Summe verwendet werden könne. Die Stadtverordneten beschlossen, da alle Bauverständigen Breslaus und auch die übrigen Kunstverständigen, so viel sich herausgestellt, darüber einverstanden sind, daß das Gemäuer nicht den geringsten architektonischen Werth besitzt, dasselbe nun abbrechen zu lassen.

(Wahlen.) Gewählt wurden als Mitglied der Armen-Direktion für kommunal-ärztliche Angelegenheiten der Vorsteher-Stellvertreter Dr. Grätzer, als Bezirksvorsteher am Theater-Bezirk, der Instrumentenbauer Raimond, als Vorsteher der Simultanschule Maurermeister Winkler, als Mitglied der Deputation für Verwaltung des städtischen Grundeigenthums Maurermeister Chevalier.

(Bau-Rapport.) Im Laufe der vorigen Woche beschäftigte die Kommune 52 Maurer, 4 Steinsetzer, 17 Zimmerleute und 388 Tagearbeiter.

** **Breslau**, 3. Nov. [Ein Plakat. — Dr. Schütte. — Bürgerwehrangelegenheit.] Heute war an den Straßenecken ein Plakat zu lesen, in welchem die waffenfähigen Jünglinge unserer Stadt aufgefordert werden, eine Freischaar zu bilden, um sich an die Freischaaren in Ungarn anzuschließen, und so die Wiener mit der Waffe in der Hand zu unterstützen. Gleichzeitig ward aufgefordert, das Unternehmen durch Geldunterstützungen möglichst zu fördern. Als Anmeldungsplätze, wo auch die näheren Bestimmungen der Abreise eingesehen werden können, sind der Bierkeller im Heldschen Hause und die gelbe Marie in der Nikolaistraße bezeichnet. — In dem letztern Hause sind jetzt Abends 6 Uhr über 700 Personen eingeschrieben. — Unterzeichnet ist das Plakat von Eduard Seiffert und Alexander Klöber aus Dresden. — In der heutigen Fremdenliste befindet sich der Name des Dr. Schütte. Wir wissen nicht, ob es der bekannte Wiener Demokrat, oder ein Anderer gleichen Namens ist. — Die Central-Kommission der Bürgerwehr-Klubbs wird in diesen Tagen eine energische Erklärung gegen den Grafen Brandenburg in der vielbesprochenen Angelegenheit der Katzenmusiken veröffentlichen. — Gegen die Wahl des Dr. Engelmann zum Stellvertreter des Bürgerwehr-Obersten, haben acht Kompagnien Protest eingelegt. Die Bestätigung des Magistrats ist noch nicht erfolgt.

Breslau, 1. November. [Respekt-Tage.] Die königliche Bank hierselbst hat in jüngster Zeit bei domicilirten Papieren keine Respekt-Tage mehr gewährt und haben deshalb mehrere Proteste aufgenommen werden müssen, wodurch den betreffenden Kaufleuten in der Provinz Unannehmlichkeiten und Kosten erwachsen sind, weshalb wir dieses hierdurch mittheilen und dadurch die Genannten vor Nachtheilen, die ihnen jetzt, wenn sie nicht am Verfalltage Deckung machen, ohnfehlbar treffen müssen, verwahren wollen. Diese Maßregel, die jetzt, sämmtliche Inhaber derartiger Tratten, nächst der Bank befolgen müssen, scheint im Widerspruch mit einem Plenarbeschluß des geheimen Obertribunals vom 24. Oktober 1847 sich zu befinden, welcher folgendermaßen lautet: „Die nach den Bestimmungen des A. L. R. Th. II. Tit. 8, §§ 1094 seq. dem Wechselacceptanten gewährten Respittage findet auch bei domicilirten Wechseln statt. Dieser Plenarbeschluß beruht auf der sehr wichtigen Ausführung, daß die Domicilirung eines Wechsels nichts weiter besagt, als daß der Zahlungsort ein anderer sein soll, als der Wohnort des Bezogenen, und der Domiciliat nur als Stellvertreter des Bezogenen in Beziehung auf die Leistung der Zahlung betrachtet werden könne. Es fehlt also an jedem Grunde, dem Acceptanten die Respittage zu versagen.“ (Entscheid. des Geheim. Ob.-Trib. Bd. 11, S. 91.)

(Handelsbl.)

---

† **Breslau**, 3. Novembr. Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation wurden vom 30. Oktbr. bis incl. 4ten d. M. bei öffentlichen Bauten 52 Maurergesellen, 17 Zimmergesellen, 4 Steinsetzer und 388 Tage-Arbeiter beschäftigt. — Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 14 Fuß 8 Zoll und am Unterpegel 2 Fuß, mithin ist das Wasser seit dem 28sten v. Mts. am ersteren um 5 Zoll und am letzteren um 4 Zoll wieder gefallen.

---

† (Aus der Provinz.) Am 27. Oktober früh zwischen 4 und 5 Uhr sind der Breslauer Personen-Post von Neisse bis auf dem 1¼ Meile entfernten Bahnhof in Bösdorf aus dem hintern Magazin, welches mittelst eines Nachschlüssels geöffnet worden sein soll, ein Beutel mit 245 Rthl. und ein dergleichen mit 162 Rthl. 24 Sgr. 5 Pf. geraubt worden. Die angestellten Nachforschungen zur Ermittelung der Diebe haben bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt.

---

§§ **Hirschberg**, 2. Novbr. [Die Gefangennehmung der ungarischen Husarenflüchtlinge.] Das von Erdmannsdorf aus an die böhmische Grenze kommandirte Kürassier-Detachement hat gestern die aus Böhmen entwichenen Husaren, gegen 50 an der Zahl, in der Gegend von Liebau angetroffen. Als die Husaren der heranrückenden Truppen von der Ferne ansichtig wurden, hielten sie dieselben für österreichisches Militär, und sie ordneten sich demzufolge sofort zum Kampfe, entschlossen, sich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen. Als sie jedoch gewahr wurden, daß es preußische Kürassiere seien, die ihnen entgegen kamen, nahmen sie wieder eine durchaus friedliche Position ein. Sie streckten ohne den geringsten Widerstand die Waffen, die ihnen hierauf abgenommen wurden. Einzelnen der unglücklichen Krieger rollten bei diesem Momente die hellen Thränen über die bärtigen Wangen herab. Es soll eine rührende Scene gewesen sein. Die Pferde wurden den Gefangenen gelassen, während ihre Waffen auf Wagen gebracht wurden. Der Anführer der Entflohenen soll sich in der Gegend von Trautenau selbst den Tod gegeben haben. Einer höhern Ordre zufolge sind die bedauernswerthen Derserteure nach der Festung Schweidnitz eskortirt worden. Leider erwartet die Unglücklichen der Tod des Erschießens, wenn sie von unserer Behörde an das österreichische Gouvernement abgeliefert werden. Die von der hier stationirten Jäger-Kompagnie nach Liebau detachirten 50 Mann sind am heutigen Tage bereits wieder nach Hirschberg zurückgekehrt.

Zweite Beilage zu № 259 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 4. November 1848.

Inserate.

Es sind seit der letzten polizeilichen Anzeige drei Cholera-Todesfälle und ein Erkrankungsfall bis heute angemeldet worden.

Breslau, den 3. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

Ohne uns in einen Federstreit mit dem Polizei-Präsidium (gez. Kuh) einzulassen, bemerken wir nur, daß das von selbem in der gestrigen Nummer dieser Zeitung eingerückte Inserat von der irrigen Voraussetzung ausgeht, ein hiesiges wohlbekanntes Groß-Handlungshaus sei ein auswärtiges. (!) Ueber den ferneren Inhalt dieses Inserates gehen wir hinweg und verweisen lediglich auf das Inserat in dem heutigen „Handelsblatte" diese Angelegenheit betreffend.

Die Redaktion des Bresl. Handelsblattes.

Das in der Zeitung vom 3ten d. Mts. beschriebene Methodisten-Meeting in Amerika muß jeden vernünftigen Menschen mit Abscheu erfüllen. Man kann daraus lernen, wie man vernünftige Wesen unvernünftig machen kann, man benutzt das Heiligste und Beste was die Menschheit hat, und macht die scheußlichste Karikatur daraus zum Unglücke der Menschheit. Wer die Grundursachen dieser Verirrungen finden will, der lese das Sendschreiben an alle, denen das Wohl der Menschheit am Herzen liegt, von J. G. Christ. Breslau bei Graß, Barth und Comp. Jesu Lehre ist göttliche, rein vernünftige Weisheit, man hat sie aber zur Narrheit gemacht.

Theater-Nachricht.

Sonnabend: **„Die Nachtwandlerin."** Oper in 3 Akten, Musik von Bellini. — Amina, Fräulein Geisthardt, als erster theatralischer Versuch.

Sonntag: **„Die Schule des Lebens."** Schauspiel in 5 Akten, nach einer alten Novelle von Dr. E. Raupach. — Ramiro, Herr Baumeister, vom großherzoglichen Hoftheater in Schwerin; Isaura, Frln. Elise Schmidt, vom Stadt-Theater in Lemberg, als Gäste.

Für den Monat November sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden das Dutzend Billets für den ersten Rang, Balkon, die Sperrsitze und Parquet-Logen à 6 Rthlr., zum zweiten Rang und die Parterre-Sitzplätze à 4 Rthlr. zu haben.

Verbindungs-Anzeige.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Leopold Sonnabend und
Luise Sonnabend, geb. Wolff;
Julius Müller und
Emilie Müller, geb. Wolff.

Breslau, am 1. Novbr. 1848.

Verbindungs-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Meldung.)

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Dr. Rosenbach.
Minna Rosenbach, geb. Traube.

Krappitz, am 2. November 1848.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)

In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober d. J. verschied sanft zu Züllichau in der Mark Brandenburg, in Folge von Lungenleiden, die erst unlängst verwittwete Frau Hauptrendant Antoniette Plümicke, geb. Hilscher. Vier unerzogene Kinder folgten ihrer Leiche. Dies zeigen, statt besonderer Meldung, theilnehmenden Verwandten und Freunden ergebenst an:

die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Heute, 8¼ Uhr Morgens, starb uns unser geliebtes jüngstes Söhnchen Heino, in dem Alter von 7 Monaten und 2 Tagen, an Zahnkrämpfen. Mit der Bitte, um stille Theilnahme, zeigen dies tief betrübt an:

Adalbert und Amanda v. Goldfuß.

Gr. Tinz bei Jordansmühl,
den 2. Novbr. 1848.

Todes-Anzeige.

Mit zerrissenem Herzen widme ich Verwandten und Freunden die traurige Anzeige von dem am 31. Oktbr. Nachts halb 12 Uhr erfolgten Tode meines innigst geliebten Mannes Aaron Freund, in dem kräftigen Alter von 43 Jahren und 10 Monaten. Groß ist mein Schmerz, und wer den Seligen kannte, wird den Verlust ermessen, den ich erlitten.

Zülz, den 2. Novbr. 1848.

Charlotte Freund,
geb. Fuchs.

Todes-Anzeige.

Mein ältester Sohn Herrmann, Hauptmann im 24. Infanterie-Regiment, ist am 30. Oktober zu Magdeburg an der Cholera gestorben. Tiefgebeugt mache ich, um stille Theilnahme bittend, entfernten Verwandten und Freunden dies traurige Ereigniß bekannt.

Schweidnitz, den 2. November 1848.

Florentine v. Dobschütz,
geb. v. Wentzky,
im Namen sämmtlicher Hinterblieben.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 3 Uhr endete nach kurzen, aber schweren Leiden unser vielgeliebter theurer Vater, Schwieger- und Großvater, der hiesige Kaufmann S. M. Littauer, in dem ehrenvollen Alter von beinahe 79 Jahren. Diese traurige Anzeige allen seinen hiesigen und auswärtigen Verwandten und Freunden zur Nachricht.

Breslau, den 2. Novbr. 1848.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Ich wohne jetzt Schweidnitzerstraße Nr. 47, im Hause der Wilhelm Gottlieb Kornschen Buchhandlung, zwei Stiegen.

Breslau, den 3. Novbr. 1848.

Hahn, Justiz-Rath.

Sonntag, den 5. November, Nachmittags 4 Uhr, Versammlung des Zweig-Vereins Breslauer Aerzte für Medizinal-Reform.

Eingetretener Hindernisse wegen kann die erste Quartett-Matinée diesen Sonntag, den 5., nicht stattfinden, dieselbe wird dagegen am Sonntag den 12. November bestimmt statthaben. Das Programm besagt seiner Zeit das Nähere.

Breslau, den 4. November 1848.

J. Rudersdorff, Concertmeister.

Liebe Schwester Albertine!

Ich bitte Dich, mir Deinen jetzigen Aufenthalts-Ort ungesäumt anzuzeigen.

Groß-Blumenberg im Kreise Crossen.

Pauline Hirtte.

Im Kommissions-Verlage von **Graß, Barth und Komp.** in **Breslau** ist erschienen und daselbst, so wie in allen andern Buchhandlungen zu haben:

Der Arzt beim Kranken.

Ein Gespräch im Jahre 1848.
8. geh. Preis 3 Sgr.

Meine **deutsche, französische** und **englische Lesebibliothek,** sowie die damit verbundenen **Journal- und Bücher-Lese-Zirkel,** empfehle ich zur gefälligen Benutzung.

E. Neubourg, Elisabetstraße Nr. 4.

Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** nebst Wurst-Abendbrot ladet auf heute, Sonnabend, ergebenst ein: **Karl Kuppert,** Nikolaistraße Nr. 67, im goldnen Häsel.

Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** nebst Wurst-Abendbrot ladet auf heute, Sonnabend, ergebenst ein: **W. Härtel,** kleine Groschengasse Nr. 18.

Zur **Kirmes** Sonntag und Montag ladet ergebenst ein:

Anders im letzten Heller.

Sonnabend den 4. November d. J.

Kränzchen

im ehemaligen Zahn'schen Lokal.

Der Vorstand.

Zu Kleinburg

Großes **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** morgen Sonntag den 5. November.

Klosse.

Zum Kirmesfeste

ladet ergebenst ein Sonntag den 5. Novbr.

Lausmann,
Cafetier in Höfchen Kommende.

Großes Konzert

heut Abend in der baier. Bierhalle zur Hoffnung von Herrn Drescher.

Zur Kirmes

nebst Tanz auf Sonntag den 5. und Montag den 6. November, ladet ergebenst ein:

Jos. Klose, zu Grüneiche a. d. O.

Zur Kirmes,

morgen Sonntag in **Pirscham,** ladet höflichst ein: **Weber,** Cafetier.

Ein nettes Haus

mit Garten, an der Promenade gelegen, ist für den sehr billigen Preis von 5,500 Thlr. und 1000 Thlr. Anzahlung sofort zu verkaufen, ferner:

auf ein neu erbautes Haus in einer Hauptstraße, von 80,000 Thl. Werth, werden zur ersten Hypothek und 5 pCt. Zinsen 26,000 Thlr., und auf ein dito von 60,000 Thlr. Werth zur ersten Hypothek und 5 pCnt. Zinsen 16,000 Thlr. gesucht. Näheres bei **Müller,** Kupferschmiedestr. Nr. 7.

Ein Knabe, der Lust hat Buchbinder zu werden, sucht einen Lehrherrn. Näheres Herrenstr. Nr. 20.

Etablissements-Anzeige.

Unterzeichneter zeigt einem geehrten Publikum hiermit ganz ergebenst an, daß er die Verwerthung aller Arten Gewehre, wie auch Reparaturen derselben übernimmt und sichert bei prompter und billiger Bedienung die vollkommenste Garantie zu.

C. Rache, Büchsenmacher,
Kupferschmiedestraße Nr. 10.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Flugblätter
aus der deutschen National-Versammlung

herausgegeben von

K. Bernhardi, K. Jürgens und **Friedr. Löw,**

Mitgliedern der National-Versammlung in Frankfurt a. M.

Die **„Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung, herausgegeben von K. Bernhard, K. Jürgens** und **Friedr. Löw,** Mitgliedern der National-Versammlung," haben seit ihrem Bestehen die Wirksamkeit und die Bestrebungen der deutschen Nationalversammlung in kurzen Uebersichten darzustellen und alle wichtigeren Gegenstände, welche zur Verhandlung vorlagen, gleichzeitig zu erörtern und zu beurtheilen versucht. Daß diese Urtheile stets mit derjenigen Unabhängigkeit vorgetragen worden, welche die Frucht einer entschiedenen Ueberzeugung ist, das wird Niemanden befremden, der da weiß, daß diejenigen, welche seit zwanzig Jahren gewohnt gewesen sind, der Fürstengewalt gegenüber die Freiheiten des Vaterlandes zu vertheidigen, es sich nicht nehmen lassen werden, eben diese Freiheiten auch gegen die angeblichen Volksfreunde von gestern dadurch in Schutz zu nehmen, daß sie überall das Maaß und die Grenze einzuhalten suchen, ohne welche Nichts bestehen und auch die bürgerliche Freiheit nimmer dauernd begründet werden kann. Es ist allerdings kein erfreulicher Beruf, stets den Lieblingsneigungen der Herrscher oder derer, welche gern ohne und statt der Gesetze herrschen möchten, entgegen zu treten, aber es ist ein Beruf, und in der gegenwärtigen Zeit ein doppelt wichtiger und ein heiliger Beruf, da offen und ohne Rückhalt seine Meinung zu sagen, wo jeder Einsichtsvolle sieht, daß das Schiff, welches Deutschland trägt und dessen Zukunft, zwischen Klippen und Brandungen von hohen Wogen getragen wird, die der Macht des Steuerruders zu spotten scheinen. Die Anerkennung, welche die „Flugblätter" in der kurzen Zeit ihres Bestehens gefunden haben, zeugt davon, daß die von ihnen vertretene Gesinnung nicht nur in der Paulskirche zahlreiche Anhänger hat, sondern auch fast in allen Gauen unsers deutschen Vaterlandes so gewürdigt wird, wie es der Ernst unserer Tage erheischt. Dieselben werden auch in dem mit dem seit 1. Oktober begonnenen neuen Vierteljahre ihren Beruf zu erfüllen streben.

Die Flugblätter erscheinen wöchentlich 2 Mal und so oft es erforderlich ist mit Extra-Beilagen. Der Abonnementspreis für ein Vierteljahr beträgt 18 Sgr. Bestellungen werden angenommen in **Breslau** bei **Ferdinand Hirt** (Naschmarkt Nr. 47), in **Ratibor** in der **Hirt**'schen Buchhandlung, in Krotoschin bei Stock:

Für Trauernde.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in **Breslau** auch bei **Ferdinand Hirt** (Naschmarkt Nr. 47), in **Ratibor** in der **Hirt**'schen Buchhandlung, in Krotoschin bei Stock:

Eylert, Bischof, Dr., Betrachtungen über die lehrreichen und trostvollen Wahrheiten des Christenthums bei der letzten Trennung von den Unsrigen. 5te Auflage. 1848. Magdeburg, Heinrichshofen, 2⅛ Thlr.

Popular-philosophische Vorträge.

Erster Cyklus: Der Majestätsbegriff in Vergleich mit dem Gottesbegriff. — Erste Vorlesung am 7. November. — Einleitung: „Alle Völker sind an ihren Göttern gestorben;" wird es auch das deutsche? — Unser Gottesbegriff. — Vergleichungspunkte mit dem Majestätsbegriff. — Gott ist erkennbar und begreiflich. — Beweise. — Ist Gott ein Individuum? ein persönliches Wesen? auch dreieinig? — Eigenschaften Gottes.

Der Anfang findet am Dienstag, den 7. November, Abends 6 Uhr, im **König von Ungarn** statt. Eintritts-Karten à 1 Thlr. 15 Sgr., so wie Familien-Billets à 3 Thlr. 20 Sgr., beide für den ganzen Winter gültig, sind bei den Herren **Josef Max u. Komp., W. Korn** und **Graß, Barth u. Comp.** zu haben.

Dr. **Richter.**

Die neuesten Modelles in fertigen schwarzseidenen und Lama-Mänteln offerirt in größter Auswahl zu den billigsten Preisen:

A. Weisler,
Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Verein der Aerzte des Glatzer Gebirges.

Versammlung, gemäß § 18 der Statuten, **am 10. November 1848.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich dem Herrn **Heinrich Cadura** in **Breslau** eine Niederlage meiner anerkannt praktischen **Double-Schlipse,** welche beim etwaigen Durchreiben oben oder unten jeden Augenblick durch einen Druck erneuert werden können, **so wie als meine neu erfundenen Ressort-Kravatten,** oder von selbst um den Hals schließende Wintershawls übergeben habe.

S. Blumenthal.

Auf obige Anzeige Bezug nehmend, empfehle ich diese neuen Artikel dem geehrten Publikum angelegentlichst.

Heinrich Cadura, Herrenstraße, 3 Mohren.

Das Dominium Giesmannsdorf bei Neisse zeigt hierdurch seinen Geschäftsfreunden an, daß seine Preßhefen- und Kornspiritus-Fabrik wieder vollständig in Betrieb gesetzt worden, und werden eingehende Aufträge sofort in frischer triebkräftiger Waare ausgeführt.

Oberschlesische Eisenbahn.

Mit dem 6. November d. J. tritt eine Veränderung des Fahr-Plans unserer Bahn vom 6. April d. J. bezüglich folgender Züge ein:

1) Der zweite bisher 2 Uhr 30 Min. Nachmittags von **Myslowitz** abgehende Personenzug wird vom **6. Novbr. d. J.** abgehen:

	Uhr	Min.
von **Myslowitz**	1 Uhr	15 Min. Nachm.
„ Kattowitz	1 —	39 —
„ Königshütte	1 —	56 —
„ Ruda	2 —	6 —
„ Zabrze	2 —	16 —
„ Gleiwitz	2 —	40 —
„ Laband	2 —	45 —
„ Rudczinitz	3 —	26 —
„ Schlawentzitz	3 —	30 —
„ Kosel	4 —	8 —
„ Dziesćhowitz	4 —	22 —
„ Gogolin	4 —	51 —
„ Guradze	4 —	55 —
„ Oppeln	5 —	37 —
„ Sczepanowitz	5 —	40 —
„ Czeppelwitz	5 —	55 —
„ Löwen	6 —	26 —
„ Lossen	6 —	35 —
„ Brieg	7 —	5 —
„ Ohlau	7 —	35 —
„ Leisewitz	7 —	45 —
„ Kattern	7 —	55 —
und in Breslau ankom.	8 —	20 —

2) Die Lokalzüge zwischen **Breslau** und **Oppeln** werden statt aus Oppeln 6 Uhr Morgens und Breslau 5 Uhr 30 Min. Abends **abgehen:**

		Uhr	Min.
von **Oppeln**	Morg.	7 Uhr	— Min.
„ Szepanowitz	—	7 —	3 —
„ Czeppelwitz	—	7 —	18 —
„ Löwen	—	7 —	50 —
„ Lossen	—	8 —	— —
„ Brieg	—	8 —	29 —
„ Ohlau	—	8 —	59 —
„ Leisewitz	—	9 —	10 —
„ Kattern	—	9 —	25 —
Ankunft in Breslau	—	9 —	45 —
von **Breslau**	Abends	5 Uhr	40 Min.
„ Kattern	—	5 —	50 —
„ Leisewitz	—	6 —	5 —
„ Ohlau	—	6 —	32 —
„ Brieg	—	7 —	6 —
„ Lossen	—	7 —	25 —
„ Löwen	—	7 —	41 —
„ Czeppelwitz	—	7 —	55 —
„ Sczepanowitz	—	8 —	20 —
Ankunft in Oppeln	—	8 —	25 —

3) Die Güterzüge, bei denen bisher eine Personenbeförderung ab Myslowitz bis Gleiwitz und umgekehrt stattgefunden, und ferner stattfindet, gehen sowohl von Myslowitz als von Kosel vom 6. November um eine halbe Stunde später ab, statt bisher 6 Uhr, ferner 6 Uhr 30 Min. Morgens.

Vollständige Fahr-Pläne sind auf allen unsern Bahnhöfen einzusehen.

Breslau, den 31. Oktober 1848.

Das Direktorium der Oberschlesischen Eisenbahn.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

Fahr-Plan vom 6. Novbr. 1848 ab:

Abgang von	Vor-mittags	Nach-mittags
Bösdorf	7 Uhr — M.	5 Uhr 34 M.
Grottkau	7 — 34 —	6 — 9 —
Ankunft in Brieg	8 — 10 —	6 — 45 —

Abgang von	Vor-mittags	Nach-mittags
Brieg	8 Uhr 40 M.	7 Uhr 15 M.
Grottkau	9 — 21 —	7 — 56 —
Ankunft in Bösdorf	9 — 56 —	8 — 30 —

Bei der in Kurzem bevorstehenden Eröffnung bis Neisse:

Abgang von Neisse Morgens 6 Uhr 40 Min. Nachmittags 5 Uhr 15 Min.
Ankunft in Neisse Morgens 10 Uhr 10 Min. Abends 8 Uhr 45 Min.

Wegen der Taxen bei Personenbeförderung, Gepäck-Ueberfracht, Vieh- und Equipagen-Transport verweisen wir auf die in allen Expeditionen einzusehenden Tarife.

Breslau, den 2. November 1848. **Das Direktorium.**

Neisse-Brieger Eisenbahn.

Der Frachtgütertarif für unsere Bahn, zu bedeutend ermäßigten Sätzen, wie derselbe mit dem Tage der Eröffnung der Bahn bis Neisse in Kraft tritt, ist in allen Expeditionen der Oberschlesischen und unserer Bahn einzusehen und zu empfangen.

Breslau, den 2. November 1848. **Das Direktorium.**

Brieg-Gülchener Chaussee-Bau.

Die Herren Aktionäre des Brieg-Gülchener Chaussée-Bau-Vereines laden wir hiermit zu einer

General-Versammlung

auf Sonnabend, den 18. November d. J., Nachmittags um 2 Uhr, in dem Sitzungs-Zimmer der Stadtverordneten hierselbst ein. Brieg, am 31. Oktober 1848.

Das Direktorium für den Brieg-Gülchener Chaussee-Bau.

Die modernsten wollenen und halbwollenen Kleiderstoffe, echte Cachemir-Roben (reine Wolle) à 8 Thlr., Mousseline-de-laine-Roben von 3 Thlr. an, so wie Barège-Kleider (21 Ellen) für 4 Thlr., schwarze Mailänder Glanz-Taffte und bunt gestreifte Seidenzeuge von 15 Sgr. ab, empfiehlt in sehr großer Auswahl:

A. Weisler,
Schweidnitzer-Straße Nr. 50, Ecke der Junkern-Straße.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:
1. Herrn Riedel,
2. „ Kaufmann Liebich,
3. „ Kommissionär Dames,
4. „ Gutsbesitzer Seidel in Kundschütz,
5. „ Kandidat Hoffmann,
6. Frau Theinert,
7. Herrn Platzmann,
8. „ Lieutenant Gentner,
9. „ Kaufmann Jacob,
10. Fräulein Helene Preuß,
11. Herrn Lausitzer Murff,
12. Dienstmädchen Zerz,
13. Herrn Kleiderhandler Fränkel,
14. „ Maler Grünzweige,
15. „ Schuhmachermeister Gottlieb Kache in Polanowitz,
16. Frau Oberamtmann Walter in Polanowitz,

ferner:

ein Geldbrief mit 20 Rtlr. 28 Sgr. 10 Pf. an Piette in Dillingen,
ein recommandirter Brief an verwittwete Frau Rittergutsbesitzer von Zaluskowski in Golochowo bei Ostrowo,
können zurückgefordert werden.

Breslau, den 3. November 1848.
Stadt-Post-Expedition.

Ein feuersicheres Fabrik-Lokal zu jedem Geschäft sich eignend, mit Wohnung, ist bald zu beziehen: Mehlgasse Nr. 13.

10 Rtl. Demjenigen, der einem gesetzten jungen Manne, mit guten Attesten versehen, welcher im schriftlichen und Rechenfache, so wie Comptoir-Arbeiten erfahren, eine annehmbare Stelle verschafft. Adressen: G. H. Gartenstr. 12, Major v. Packisch.

Sonnabend den 4. Novbr.: Versammlung des Klubbs des 7. Bürgerwehr-Bataill. im König von Ungarn Abends 7 Uhr.

Die Partikulier Hietzeschen Eheleute, welche bis zum Monat August d. J. hierselbst Friedrich Wilhelmsstraße Nr. 26 wohnten, werden hierdurch aufgefordert, mir ungesäumt ihren gegenwärtigen Aufenthalt anzuzeigen.
A. Weisler,
Schweidnitzer Straße Nr. 50.

Nachstehende Loose 4ter Klasse 98ster Lotterie sind abhanden gekommen: 4376 c. d. 2/4, 9606 c. d. 2/4, 7 d. 1/4, 14861 B. 1/4, 18702 c. 1/4, 51 c. 1/4, 52 d. 1/4, 45812 b 1/4, 45950 b 1/4, 60928 c 1/4, 79594 d. 1/4, 80747 a 1/4. Ein etwa darauf fallender Gewinn wird nur den in meinen Büchern eingetragenen rechtmäßigen Spielern ausgezahlt.
Breslau, den 3. Novbr. 1848.
Froböß, königl. Lotterie-Einnehmer.

Ein dauerhafter Handwagen steht zum billigen Verkauf: Klosterstr. 13, im Hinterhause.

Zu verkaufen sind Karlsstraße Nr. 15, 3te Etage, zwei Doppelfenster.

☞ In vorzüglich schöner Qualität empfehlen:
Sorauer Wachslichte à 18 Sgr.,
Wiener Apollo-Kerzen à 11½ Sgr., 4r, 5r, 6r und 8r.

Gebrüder Bauer,
Möbel- und Spiegel-Magazin, Ring Nr. 2.

Hüte jeder Art werden schnell und sauber modernisirt bei **Elise Wespe,** Ohlauer- u. Bischofsstraßen-Ecke im schwarzen Adler.

Subhastations-Patent.

Zum öffentlichen Verkauf des sub Nr. 505 der Stadt belegenen Grundstücks, welches auf 6330 Rthlr. gerichtlich abgeschätzt worden, ist ein Termin
auf den 4. Dezember 1848, Vormittags 10 Uhr,
in unserem Gerichtslokale anberaumt worden. Die Taxe und der neueste Hypotheken-Schein können in den gewöhnlichen Amtsstunden in unserer Prozeß-Registratur eingesehen werden.
Liegnitz, den 20. Mai 1848.
Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Hoffmann-Scholtz.

Subhastations-Patent.

Zum öffentlichen Verkauf des sub Nr. 540 der Stadt Liegnitz belegenen Grundstückes, welches auf 18,060 Rthlr. gerichtlich abgeschätzt worden, ist ein Termin
auf den 4. Dezember 1848, Vormittags 10 Uhr,
in unserem Gerichtslokale anberaumt worden. Die Taxe und der neueste Hypotheken-Schein können in den gewöhnlichen Amtsstunden in unserer Prozeß-Registratur eingesehen werden.
Liegnitz, den 20. Mai 1848.
Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Hoffmann-Scholtz.

Subhastations-Patent.

Zum öffentlichen Verkauf des sub Nr. 133 der Vorstadt belegenen Grundstücks, welches auf 21,588 Rthlr. 28 Sgr. gerichtlich abgeschätzt worden, ist ein Termin
auf den 4. Dezember 1848, Vormittags 10 Uhr,
in unserem Gerichtslokale anberaumt worden. Die Taxe und der neueste Hypotheken-Schein können in den gewöhnlichen Amtsstunden in unserer Prozeß-Registratur eingesehen werden.
Liegnitz, den 20. Mai 1848.
Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Hoffmann-Scholtz.

Offener Arrest.

Ueber das Vermögen der Handlung Gebrüder Wiener, worüber am 27. Oktober d. J. der Konkurs eröffnet worden ist, wird hierdurch der offene Arrest verhängt. Alle Diejenigen, welche zu diesem Konkurse gehörige Gelder oder geldwerthe Gegenstände in Händen haben, werden angewiesen, solche binnen 4 Wochen bei dem unterzeichneten Gerichte anzuzeigen und mit Vorbehalt ihrer Rechte zur gerichtlichen Verwahrung anzubieten. Im Fall der Unterlassung gehen sie ihrer daran habenden Pfand- und anderer Rechte verlustig.

Jede an die Gemeinschuldner oder sonst einen Dritten geschehene Zahlung oder Auslieferung wird für nicht geschehen geachtet, und das verbotwidrig Gezahlte oder Ausgeantwortete für die Masse anderweit beigetrieben werden.

Glatz, den 28. Oktober 1848.
Königliches Land- und Stadtgericht.

Ediktal-Vorladung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Johann Dittel hierselbst ist am 4. April d. J. der Konkus-Prozeß eröffnet worden.

Der Termin zur Wahl des Kurators und zur Anmeldung aller Ansprüche an die Konkurs-Masse steht
am 8. Januar 1849 Vormittags um 9½ Uhr
vor dem Hrn. Fürstenthums-Gerichts-Rath Poppo im Parteienzimmer des unterzeichneten Gerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.

Zu diesem Termine wird auch der Gemeinschuldner Johann Dittel vorgeladen.

Neisse, den 8. Septbr. 1848.
Königl. Fürstenthums-Gericht.

☞ Offener Posten eines unverheiratheten Beamten. Näheres beim Kommissionär
Tralles, Messergasse 39.

Bekanntmachung.

Der dieses Jahr für die Befugniß des Kiehnrodens im königl. Forsten einzuliefernde Hafer, bestehend in
509 Schfl. 5½ Mtze.
soll den 16. November, Vormittags von 10 bis 12 Uhr in unserm Amtslokale meistbietend verkauft werden, und werden Kauflustige hierzu eingeladen. Die Verkaufsbedingungen können täglich eingesehen werden.
Trebnitz, den 31. Oktober 1848.
Königliches Rent-Amt.

☞ Ein **Wirthschaftsschreiber** wird sofort nachgewiesen unter der Adresse **C. P.** Löwen.

Verloren wurde gestern auf dem oberschlesischen Bahnhofe eine in länglichem Viereck flach geformte silberne Tabaksdose, Deckel und Boden von der Mitte nach Außen genärbt. Der Finder erhält bei Abgabe derselben in der Heldschen Tabakhandlung, Ohlauerstraße, nächst dem Silberwerthe eine angemessene Belohnung.

Echten 1847er bestgepflegten Pernauer **Kron-Leinsaamen,** à 7⅓ Thaler per Tonne, offerirt:
Friedr. Friedenthal,
Nikolai-Straße Nr. 77, Ecke der Herren-Straße.

An der Kreuzkirche Nr. 10 ist der erste Stock von 9 Zimmern nebst Stallung etc. zu vermiethen.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 7 Werderstraße ist wegen Versetzung eine herrschaftliche Wohnung nebst Stallung von Weihnachten d. J. ab zu vermiethen. Das Nähere daselbst beim gegenwärtigen Miether.

Eine Wohnung zu 38 Rthl. und eine zu 45 Rthl. sind zu vermiethen und Weihnachten zu beziehen in der Gartenstr. Nr. 12.

Zu vermiethen
ist ein freundliches gut möblirtes Zimmer mit schönem Entree; Näheres Antonienstraße Nr. 4 im 2ten Stock bei Friedmann.

An einen soliden ruhigen Miether ist goldRadegasse Nr. 15 im ersten Stock, vorn heraus, eine große schön möblirte Stube zu vermiethen, welche auch als Absteige-Quartier nebst Stallung und Wagenplatz zu haben ist.

Zu vermiethen

und Termin Ostern zu beziehen ist Ring Nr. 10 und 11 ein Quartier von 3 Piecen nebst Küche und Beigelaß im zweiten Stock. Näheres b. Hauseigenthümer das. zu erfragen.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Fürst Szarvady a. Galizien. Gesandtschaftsrath Gr. Ordodyn a. Paris. Fürstl. Sekretär Werws a. Lemberg. Freier Standesherr Gr. v. Hochberg u. Oekonomie-Direktor Münster a. Fürstenstein. Ober-Steuer-Kontroleur v. Blandowski aus Frankenstein. Rentmeister Sander a. Fürstenstein. K. k. General-Lieut. Graf Kolowrath a. Wien. Gutsbes. Graf v. Poniatowski a. Dresden. Domainenpächter Abitz a. d. Großherzogthum Posen. — Oberförster v. Hopfen a. Antonin. Kaufm. Krause a. Berlin. Kaufm. Werner aus Frankfurt. Kaufm. Honzarp a. Vervier. Dr. Schütte a. Ratibor k.

Breslauer Getreide-Preise
am 3. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	62	Sg.	56	Sg.	49	Sg.
Weizen, gelber	60	„	54	„	48	„
Roggen	35	„	32	„	28	„
Gerste	28	„	25	„	23	„
Hafer	17	„	16	„	15	„

Breslau, den 3. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113⅓ Br. Louisd'or 112⅓ Gld. Polnisches Courant 94 Br. Oesterreichische Banknoten 94¾ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74 1/12 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95½ Br., neue 3½% 77 11/12 Br. Schlesische Pfandriefe à 1000 Rtl. 3½% 90 Br., Litt. B 4% 92¼ Br., 3½% 81½ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte 90½ Br., neue 90½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 86 Br. Oberschlesische 3½% Litt. A 88¾ Br., Litt. B 88¾ Br. Krakau-Oberschlesische 42½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 68½ Br. Köln-Mindener 3½% 73½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 41⅓ Br.

Berlin, den 2. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 73 Kleinigkeit bez. u. Gld., Prior. 4½% 89 Br. Niederschlesische 3½% 67⅞ u. ¾ etw. bez., Prior. 4% 82 Br., Prior. 5% 93½ bez., Ser. III. 5% 88¾ Br. Oberschlesische 3½% Litt. A 88½ etw. bez. u. Br, Litt. B 88½ etw. bez. u. Br. Rheinische 51¾ Br. Stargard-Posener 4% 66 Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 41⅛ à 40¾ bez. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine 3½% 73⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 91½ bez. Posener Pfandbriefe 4% 95¼ Br., neue 3½% 77⅝ Br. Schlesische Pfandbriefe 3½% 89⅞ Gld. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112⅔ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 90¼ Br.

Die neuesten Wiener Berichte und die Auflösung des Pfuel'schen Ministeriums haben eine sehr ungünstige Wirkung auf unsere Börse hervorgebracht und die Course der Fonds und Eisenbahn-Aktien sind zum Theil merklich gewichen

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.